



AMZ der KFA

**Damit Arbeit
nicht krank macht**



Kinder- und Jugendhilfe

**Die sozialen Folgen
der Pandemie**

FSG

teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

3/2021

**Gerechtigkeit
neu denken**

**Michael Häupl
im Interview
über Armut, Klima-
und Sozialpolitik**



Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.



CATERING FÜR IHRE DIENSTSTELLE WAS DARF'S DENN SEIN?

Wählen Sie aus 5 Varianten Ihr Lieblingsgericht für ein gemeinsames Mittagessen oder eine interne Feier zum **Aktionspreis von € 7,50*** pro Person.

Auf der Speisekarte stehen für Sie und Ihre Kolleg*innen zur Wahl:

- Rindsgulasch mit Kaisersemmel
- Wiener Schnitzel vom Schwein/Huhn mit Erdäpfelsalat
- Schweinsbraten mit Serviettenknödel und Krautsalat
- Chili con Carne (mit Fleisch oder vegan) mit Gebäck
- Gefülltes Weckerl (2 Stk./Person) oder gefülltes Jourgebäck (3 Stk./Person)



Für diese Aktion gelten sowohl die Gutscheine der younion HG1 im Wert von € 7,50 (inklusive Gratis-Getränk für younion-Mitglieder) als auch die „Essensgutscheine“ der Stadt Wien.

***Bedingungen:** Mindestens 10 Portionen von einer der angebotenen Speisen, Vorbestellung mindestens 5 Werktage vor dem gewünschten Liefertermin. Keine Zustellgebühr. Änderungen vorbehalten. Details unter www.ksv-wien.at/restaurant

Gemeinsam essen macht einfach mehr Freude. Sie bestellen, wir liefern.
Bestellungen bitte per E-Mail oder telefonisch.

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen, Jugend & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

HG 1 Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

HG 1 Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENEDEL/MISIER/AGC

**Karin Zauner-
Lohmeyer**

Chefredakteurin
teamwork

Interviews sind für Journalistinnen und Journalisten immer spannend. Oft kennt man sein Gegenüber, und wenn nicht, dann beschäftigt man sich mit der Person ausführlich, dem Lebenslauf, den wesentlichen Stationen, inklusive der Höhen und Tiefen. In dieser „teamwork“-Ausgabe kann die sprichwörtliche Ausnahme von der Regel nachgelesen werden: Mein Gesprächspartner ist Michael Häupl, und die Abfolge von Frage und Antwort ist fernab jeder Routine.

Häupl war als ehemalige Bürgermeister und Landeshauptmann der Bundeshauptstadt einer der mächtigsten Männer der Republik, galt als einer, ohne den in der Sozialdemokratie „gar nichts ging“. Er bestach in dieser Rolle mit seinem Zugang zur Macht, mit dem sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand.

Michael Häupl, nun Präsident der Volkshilfe Wien, hat sich an seinem Geburtstag für ein Interview zur aktuellen sozialen Lage in Österreich Zeit genommen. Die Antworten gehen wohl über seine nunmehrige Funktion hinaus. Welche Themen werden – und müssen – die politische Debatte bestimmen? Wie lauten die Zukunftsfragen, wie die Antworten? Dieses Interview ist auf den Seiten 8–10 nachzulesen.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei. „Die sozialen Folgen sind eine Herkulesaufgabe“, schreibt Hans Holl (DA 115 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht) in seinem Beitrag auf Seite 13. In die gleiche Kerbe schlagen Stefan Rudolph (DA 129 – Ämter für Jugend und Familie) auf Seite 14 und Andreas Walter (DA 116 – Wiener Kinder- und Jugendhilfe) auf Seite 15. Sie berichten von den Auswirkungen der Krise auf die Familien und insbesondere auf die Kinder.

Und was macht unser Bundeskanzler? Er kündigt an, er verspricht. Beispielsweise im ORF-Sommergespräch eine Steuerreform für kleine und mittlere Einkommen sowie eine Abgeltung der Inflation bei den Pensionen. „Wer finanziert Ihre Steuerreform, Herr Kurz?“, fragt Manfred Obermüller in seinem Leitartikel auf Seite 5. Denn auf diese Frage liefert Kurz keine einzige Antwort. Er ist und bleibt ein blendender Kommunikator, der viele verblendet (Seiten 6 und 7).

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!
Bleiben Sie gesund!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der union _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Marianne Klepac-Baur, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Melanie Orou, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfotos:** Michaela Bruckberger (Coverfoto), Christof Wagner/Sanatorium Hera, Shutterstock/Lunopark

Krisenkosten **gerecht finanzieren**

Die Corona-Pandemie hat nicht nur schwerwiegende gesundheitliche Folgen, sondern auch extreme Kosten verursacht. Die wichtigste Frage lautet darum: Wer bezahlt die Krise?



BILD: © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU
und Internationales
der youunion _ Die
Daseinsgewerk-
schaft, Mitglied
im Europäischen
Wirtschafts- und
Sozialausschuss

Bisher wurden vor allem die ArbeitnehmerInnen bei jeder Krisenfinanzierung zur Kasse gebeten und Leistungen des Sozialstaats gekürzt – anstatt diejenigen, die durch die Krise einen enormen finanziellen Vorteil hatten oder die Krise sogar verursacht haben. Diese Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden.

Die aktuelle Diskussion um die Rahmenbedingungen der Arbeitslosenversicherung zeigt jedoch, wohin die Reise nach Ansicht der türkisen Regierungsrige gehen soll. Die sogenannte „ausgaben-seitige Sanierung“ ist aber der falsche Weg. Der Verdacht liegt nahe, dass einmal mehr die Krise genutzt wird, um Einschnitte im Sozialstaat vorzunehmen und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voranzutreiben. Dabei hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt, dass Länder mit funktionierenden Sozialsystemen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen besser durch Krisen kommen. Vor der Pandemie herrschte europaweit eine Sparpolitik mit Ideen aus der neoliberalen Mottenkiste: Öffentliche Dienstleistungen wurden finanziell ausgehungert und privatisiert, Sozialleistungen und Gewerkschaftsrechte zu recht gestutzt. Das führte zu einer



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MAXIM ERMOLENKO

Aktuell werden allein für 2020 Kosten von 22 Mrd. Euro an Krisenunterstützung für die Mitgliedsländer kalkuliert

sozialen Schieflage und zu massiven Problemen bei der Pandemiebekämpfung.

Verteilungsgerechtigkeit ...

Während der Pandemie wurden neben direkten Förderungen zahlreiche Steuersenkungen und Erleichterungen für Unternehmen Realität. Nun fordern UnternehmensvertreterInnen weitere Senkungen bei Steuern und Abgaben – etwa die Senkung der Lohnnebenkosten. Massive finanzielle Zuwendungen also, die aus dem Staatshaushalt fließen bzw. fließen sollen, der zum überwiegenden Teil von den ArbeitnehmerInnen finanziert wird.

Gerade die großen digitalen Unternehmen zählen zu den Krisengewinnern. Amazon z. B. hat im zweiten Quartal 2020 den Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent auf 88,9 Milliarden Dollar in die Höhe getrieben. Der Gewinn betrug 5,2 Milliarden Dollar, was in etwa einer Verdopplung entspricht. Weitere Gewinner sind Anbieter von Videokonferenz-Tools, Plattformen für Lieferdienste und digitale Dienste. Darum ist es nur gerecht, dass diese ihren Beitrag zur Krisenfinanzierung leisten, genauso wie sehr große Vermögen und Millionäre mehr zum Staatshaushalt beitragen müssen. Auch ein effektiver Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung, vor allem auf europäischer Ebene ohne Blockaden der österreichischen Bundesregierung, gehört dazu.

... hat oberste Priorität

Die Einführung eines effektiven Mindeststeuersatzes für Unternehmen weltweit muss vorangetrieben werden. Ein adäquater Mindeststeuersatz von 25 Prozent und effektive Regeln zur lückenlosen Umsetzung müssen rasch umgesetzt werden. Es ist wichtig, dass die Krisenbewältigung als eine Gelegenheit verstanden und genutzt wird, um das vorherrschende menschenfeindliche neoliberale Wirtschaftsmodell durch ein Modell abzulösen, das Mensch und Klima in den Mittelpunkt stellt.

thomas.kattnig@youunion.at

„Wir brauchen ein neues, faires und nachhaltiges Wirtschaftsmodell.“

Überschriften, Ankündigen und Versprechen sind keine Lösungen

Wer finanziert Ihre Steuerreform, Herr Kurz?

Wir leben in einer Zeitenwende: Fast fünfzehn Jahre liegen hinter uns, in denen die Inflation kaum bis gar nicht zu bemerken gewesen ist. Die Preissteigerungen haben sich im Rahmen gehalten. Diese Epoche ist jetzt vorüber. Die Inflation steigt, das Leben wird nun deutlich teurer. Während gerade die unteren und mittleren Einkommensbezieherinnen und -bezieher in den vergangenen Jahren reale Kaufkraftverluste haben hinnehmen müssen, ist die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgegangen. Die Reichen werden auch in Österreich immer reicher. Vor allem deshalb, weil Sebastian Kurz seine schützenden Hände über sie ausbreitet. Im Sinne von Vermögenssteuer: Sicher nicht! Und Erbschaftssteuer: Kommt gar nicht in Frage!

Und genau dieser Sebastian Kurz ist es nun, der im ORF-Sommergespräch den Österreicherinnen und Österreichern verspricht, die Steuerlast in Summe massiv zu senken – für die kleinen und mittleren Einkommen. Er möchte auch bei den Pensionen nicht nur die Inflation abgelten, sondern bei kleinen Pensionen darüber hinausgehen.

Klar ist: Sebastian Kurz will nicht unsozial wirken und den gleichen Fehler begehen wie Wolfgang Schüssel seinerzeit. Das schadet seinem Image. Doch seine vielen Ankündigungen und Versprechen haben mit der Verbesserung des Lebens der Menschen gar nichts zu tun. Es sind nur Überschriften. Und auch der Pflegenotstand wird durch die Wiederholung der Ankündigung einer Reform nicht besser.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD: © PETRA SPIOLAHGT

Die Steuerreform muss – wenn sie eine Reform sein will – mehr Steuergerechtigkeit bringen. Und wir müssen die Frage stellen, ob die Gehälter in vielen Branchen nicht überhaupt zu gering sind. Die Rede ist auch von Einkommensgerechtigkeit. Und sobald es um all diese Fragen geht, neigt die ÖVP dazu, Gruppen gegeneinander auszuspielen: Flüchtlinge gegen Einheimische, Arbeitende gegen Arbeitslose, Arme gegen noch Ärmere.

Herr Kurz, wie wär's einmal mit Solidarität? Wie wär's damit, einmal Fragen zu stellen: warum jemand geflohen ist, warum jemand ohne Arbeit ist, warum jemand in Not geraten ist? Was Österreich jetzt dringend braucht, ist eine echte Umverteilung. Nicht radikal, sondern gerecht. Das ist die wichtigste Anforderung an die Steuerreform. Die Kaufkraftverluste für jene, die am wenigsten haben, müssen abgefedert werden. Offen bleibt nach wie vor die Frage: Wer finanziert Ihre Steuerreform, Herr Kurz? Die ÖVP wird dabei nicht umhinkommen, ihre Stammklientel „einzubeziehen“, denn sonst wird das mit dem Ausgleich nicht funktionieren. Ans Werk, Herr Kurz!

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Was Österreich jetzt dringend braucht, ist eine echte Umverteilung.“



BILD: © HANS PUNZ / APA / PICTUREBESK.COM

Die Verblendung

Sebastian Kurz besticht durch perfekte Medieninszenierung und große Ankündigungen. Doch hält er, was er verspricht? Über einen „blendenden“ Kommunikator.

Startschüsse, Ankündigungen, Versprechen, zahlreiche Punkte-Pläne: Das ist türkise Politik oder eher Medienpolitik, wie wir sie kennen. Wann immer Sebastian Kurz etwas sagt, soll ganz Österreich darüber reden: Migration, EU, Klimawandel, COVID-19-Krise, Radikalisierung und vieles mehr. Und er weiß: Medien leben von Nachrichten. Sie sind wie Gefäße, die es zu befüllen gilt, „seine Gefäße“, wie

er uns glauben lassen will. Zu befüllen mit Nachrichten – jeden Tag aufs Neue. Medien leben von spektakulären Bildern und pointierten Überschriften, die Leserinnen und Leser fesseln. Und Sebastian Kurz liefert. Regelmäßig. Mehr als fünfzig PR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Teil der türkisen PR-Maschine. Ihre Mission lautet: „Sebastian Kurz first!“ Er – und nur er – muss in Szene gesetzt werden: als Macher, als Staatsmann, als Hardliner, aber auch als einfühlsamer Mensch, wenn es notwendig ist. Was für den Kanzler zählt, ist das Beherrschen der Überschriften und der Bilder. Seine Überschriften, seine Bilder sollen es sein.

So geht es dahin, in der Republik Österreich. Tag für Tag, Monat für Monat. Kurz weiß, was aufregt. Kurz weiß, wie er Themen setzen muss. Und auch wenn er nur das sagt, was er bereits gesagt hat. Und vor allem wie er es sagt: Augenbrauen zusammenziehen, besorgt dreinschauen, Kopf leicht zur Seite kippen, getragene Stimme. Ganz und gar nicht angriffslustig. Vielmehr zuhörend und interessiert. Das erzeugt Empathie und Nähe. Er gestikuliert gerne, bleibt aber ruhig. Er wirkt insgesamt zurückhaltend, gefasst, irgendwie souverän.

Wenn er kein neues Thema hat, dann sagt er das, was er plant, was

„Mehr als fünfzig PR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Teil der türkisen PR-Maschine.“

er demnächst sagen werde. Ankündigungen von Ankündigungen. Ein Beispiel ist die „große Pflegereform“. Schauspiel Haus der Barmherzigkeit in Wien, 13. Jänner 2020: „Wir haben einen starken Sozialstaat, und da gehören das Altern in Würde und die bestmögliche Versorgung dazu“, sagt Bundeskanzler Sebastian Kurz vor den Medienvertreterinnen und -vertretern. Er verkündet den 5-Punkte-Plan zur Pflegereform in Österreich.

Ankündigung der Ankündigung

Im Oktober 2020 erfolgt erneut die Ankündigung des Startschusses zur großen Pflegereform. Dort sagt der Kanzler, dass die Schwerpunkte der Reform im Jänner 2021 genannt werden würden. Kleiner Schönheitsfehler am Rande: Die Finanzmittel für die große Pflegereform fehlen im Bundesbudget 2021. Aber Hauptsache, die Überschriften passen.

Will Sebastian Kurz einer Interviewfrage ausweichen, dann bittet er „um Verständnis“ und erklärt, dass „man Dinge in aller Ruhe vorbereiten“ oder „mit Nachdruck verfolgen“ müsse. Spontaner Humor ist ihm fremd. Man hat den Eindruck, dass es ganz egal sei, was er von Journalistinnen und Journalisten gefragt wird. Er zieht seine Agenda konsequent durch. Unterbrochen wird er kaum, der Höfliche, der Anständige mit dem guten Benehmen, der immer wieder betont, niemanden „anpatzen“ zu wollen und andere Meinungen stets zu respektieren.

Feel-Good-Kanzler

Kurz sagt das, was die Menschen hören wollen. Einfach und verständlich. In kurzen Sätzen. Er spricht vom „Licht am Ende des Tunnels“, vom „wunderschönen Sommer“, vom „Sieg gegen die Pandemie“, dass „Klimaschutz auch ohne Verzicht“ möglich sei und es keinen weiteren Lockdown mehr geben werde. Ein



BILD: © TOBIAS STEINHAUER / PICTUREBESK.COM

Feel-Good-Kanzler? Nicht nur. Österreichs Bundeskanzler ist auch ein Großmeister der „schockierenden Sager“ oder „echten Aufreger“. Er weiß, was er sagen muss, damit sich Medien tagelang daran abarbeiten und er Menschen in Diskussionen verwickelt. So sei er im Zusammenhang mit dem Klimaschutz nicht der Meinung, „dass unser Weg zurück in die Steinzeit sein sollte“. Oder: „Ich bin nicht der Meinung, dass wir in Österreich mehr Menschen aufnehmen sollten, sondern ganz im Gegenteil.“ Was für Sager, was für Headlines!

Umfragewerte sinken

Kurz hat im Gegensatz zu vielen anderen Politikerinnen und Politikern ein echtes Gspür, einen Riecher für das Spiel mit medialer Aufmerksamkeit. Er ist der Choreograph, der die Scheinwerfer geschickt verschiebt, von einem Eck ins andere. Die Blicke der Journalistinnen und Journalisten sollen dem Lichtkegel folgen. Seinem Lichtkegel, jedes Mal aufs Neue. Unangenehmes soll im Dunkeln bleiben. Wenn es für ihn eng wird, dann braucht es mediale Nebelgranaten. Türkise Ablenkungsmanöver.

Kurz' Taktik war bisher erfolgreich. Bisher. Denn seine Umfragewerte sinken. Seit Beginn der

Pandemie ist der Vertrauensindex von Sebastian Kurz dramatisch gesunken. „Er stößt mit seiner Kommunikation an seine Grenzen“, analysierte Peter Filzmaier in der ZIB 2 bei Armin Wolf nach dem ORF-Sommergespräch mit Sebastian Kurz. Eva Linsinger, stellvertretende Chefredakteurin des Nachrichtenmagazins „profil“, ergänzte: „Sebastian Kurz ist ein blendender Kommunikator. Er beherrscht die Kunst der schnellen Schlagzeile. Den langen Atem zum Umsetzen hat er bisher seltener bewiesen. Jetzt wäre die Zeit, diese Überschriften auch mit Inhalten zu füllen.“

Zurück zur seit Jahren versprochenen Pflegereform. „Papier ist geduldig. Die Pflege ist es nicht mehr“, sagt Caritas-Präsident Michael Landau. NGOs wie Volkshilfe, Hilfswerk und Caritas fordern die Bundesregierung auf, endlich zu handeln. Denn wer dauernd nur ankündigt, schürt Erwartungen. Es kommt die Zeit, da wird Sebastian Kurz liefern müssen. Verblendung durch verblendende Kommunikation hat eben auch irgendwann Grenzen.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

„Seit Beginn der Pandemie ist der Vertrauensindex von Sebastian Kurz dramatisch gesunken.“

Die Grundfrage bleibt die soziale Gerechtigkeit

Warum Klimapolitik vor allem Sozialpolitik sein muss und was er von der Performance der Bundesregierung hält, erläutert Michael Häupl, Präsident der Volkshilfe Wien, im Interview mit Karin Zauner-Lohmeyer.

teamwork: Warum hast du dich entschieden, nach deiner politischen Karriere Volkshilfe-Präsident zu werden?

Michael Häupl: Das hängt mit zwei Dingen zusammen. Das erste ist meine grundsätzliche politische Auffassung, die ich über Jahrzehnte internalisiert habe. Nämlich, dass die soziale Frage die zentrale Frage des Lebens ist, insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und der zweite Punkt war, dass ich ungefähr ein Jahr, nachdem ich aus dem Amt ausgeschieden bin, doch erheblich schwer erkrankt bin, was mir drei Monate Krankenhausaufenthalt einbrachte. Und da hat man viel Zeit zum Nachdenken. Als ich nach der Reha wieder zurück-

gekommen bin, hat man an mich die Idee herangetragen, die Nachfolge von Rudi Hundstorfer als Präsident der Wiener Volkshilfe anzutreten. Ich habe zugesagt, weil ich helfen möchte, die hervorragende Arbeit der Volkshilfe Wien sichtbar zu machen.

Denkst du, dass Spitzenpolitikerinnen und -politiker wirklich wissen, was Armut ist? Und welchen Zugang hast du zum Thema Armut?

Gregor Gysi hat einmal gesagt: „Ein sozial denkender Politiker muss nicht selbst arm sein.“ Es ist nicht schlecht, wenn man eine solche Lebenserfahrung hat. In der Sozialdemokratie sind sicherlich die meisten der Leute nicht mit dem goldenen Löffel im Mund

geboren worden. Bei anderen Parteien ist es mit Sicherheit nicht so. Und das spiegelt sich in der Grundhaltung zur Lösung von sozialen Problemen wider.

Wie bewertest du die Armuts- und Sozialpolitik der österreichischen Bundesregierung?

Ich will den beiden grünen Sozialministern zugutehalten, dass sie zumindest einen gewissen Zugang zu dem Thema haben. Armutsbekämpfung steht aber in Wirklichkeit nicht auf der Agenda der türkisen Mehrheitspartei. Ganz im Gegenteil. Wir werden da eine Zukunftsdiskussion haben. Es ist jetzt schon erkennbar, dass die Armut in der Gesellschaft zunimmt.

Das Regierungsprogramm der Bundesregierung mit 232 Seiten beinhaltet drei Seiten zur Armutsbekämpfung.

Ich kenne das Regierungsprogramm. Ich wäre nicht unzufrieden, wenn in den drei Seiten was Substantielles drinnen stehen würde. Das wäre schon was. Es sind aber drei Seiten ausschließlich Plattitüden. Alles, was ich drinnen lese, erinnert mich ein bisschen an Marie Antoinette: „Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie halt Kuchen essen.“

Es gibt nun engagierte Klimaziele für Europa. Doch wer soll die Umstellung auf alternative Energieträger bezahlen?

Niemand von uns ist gegen Maßnahmen gegen den Klimawandel, nur das Ganze kann nicht von



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER

den sogenannten kleinen Leut' finanziert werden – von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land. Wir brauchen einen ökosozialen Ausgleich durch eine Steuerreform, und wir müssen soziale Gerechtigkeit neu denken. Es geht darum, eine ökologische Steuerreform mit einer sozialen Steuerreform, im Sinne von Steuergerechtigkeit, zu verbinden: Indem man Erbschaften besteuert, eine Millionärsteuer einführt und auf EU-Ebene eine Finanztransaktionssteuer. Auch das Steuerdumping von Konzernen darf von der EU nicht länger hingenommen werden. Dann sind die Dinge schon lösbar.

Welche Themen sind in Zusammenhang mit Armutsbekämpfung aus Sicht der Volkshilfe besonders wichtig?

Im Moment die Delogierungsprävention. Die Stadt wird Lösungen für Gemeinde-Mieterinnen

und -mieter finden. Wir müssen uns aber vor allem um die Mieterinnen und Mieter am freien Mietwohnungsmarkt kümmern und massiv um den Kampf gegen die Kinderarmut. Kinderarmut beenden ist ein österreichweites Projekt, das großartige Unterstützung gefunden hat – auch mit der Unterschriftenaktion, die wir zurzeit machen. Dieses Thema ist mir besonders wichtig.

Sozialminister Mückstein hat 24 Millionen Euro für Wohnsicherung in Aussicht gestellt ...

Ich bin nicht undankbar, aber 24 Millionen sind ein bisschen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Er hat es in diesem Punkt nicht leicht mit diesen rabiat Neoliberalen, was das betrifft, und ansonsten Rechtspopulisten. Aber auf der anderen Seite: Es hat den Grünen auch keiner angeschafft, in diese Regierung zu gehen. Und das Argument „Wenn

es nicht wir wären, wären es die Freiheitlichen“ nützt sich schon langsam ab. Es hat sicherlich eine Zeit lang funktioniert. Irgendwie kann ich den Unterschied zwischen Herrn Kickl und Herrn Nehammer nur mehr im ideologischen Überbau, nicht in der Tagespolitik erkennen.

Zurück zu den Türkisen in der Regierung. Warum denkst du, sind Sebastian Kurz und seine neue ÖVP so erfolgreich? Hast du eine Erklärung?

Kurz hat die Wahl gewonnen, aber das war's auch schon. Die Frage ist ja, was kann man an Veränderung in der Gesellschaft erreichen, dass es eine gerechtere Gesellschaft, eine freiere, eine demokratischere Gesellschaft wird. Ich sehe, dass Reiche reicher und

„Wir brauchen einen ökosozialen Ausgleich durch eine Steuerreform.“

Im Gespräch



BILD © MICHAELA BRUCKBERGER

Arme ärmer werden. Ich sehe das Gegenteil von einer freieren Gesellschaft. Da meine ich jetzt nicht die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie.

Sondern?

Was ich meine, ist die Frage der Auseinandersetzung mit der Justiz, insbesondere mit der Staatsanwaltschaft und die Einschränkungen im Bereich der Meinungsfreiheit. Es schaut alles ein bisschen nach Orbán aus, aber nicht nach einer demokratischen Republik in der EU. Was noch dazu kommt, ist sein allgemeines Schimpfen und Schlechtmachen der EU. Und er hat die FPÖ in die Regierung geholt.

Was hast du dir eigentlich gedacht, wie du unseren Vizekanzler Strache im Unterleiberl im Ibiza-Video gesehen hast?

Ich war damals auf einer Veranstaltung, gemeinsam mit dem amtierenden Bürgermeister. Michael Ludwig sitzt neben mir und auf einmal gibt er mir kopfschüttelnd, leicht blass das Handy herüber. Und ich sehe dieses Video, mein erster Gedanke war: Das ist ein

Fake! Das gibt es nicht! Mit Verlaub gesagt: So deppert kann niemand sein! Aber, es war umso schrecklicher, als ich gesehen habe: Ich



BILD © MICHAELA BRUCKBERGER

habe mich geirrt. Schlimm genug, dass jemand, der so etwas von sich gibt, Vizekanzler der Republik werden kann.

Wir wissen, wo das geendet hat.

Und wir wissen, wer ihn gemacht

hat. Und den sollte man nicht aus der Verantwortung entlassen.

Neoliberale waren lange in der EU auf dem Vormarsch. Denkst du, dass es in Europa wieder einen Wandel hin in Richtung Sozialdemokratie geben wird?

Davon bin ich vollkommen überzeugt! Die Grundfrage bleibt immer die soziale Gerechtigkeit. Das ist der gemeinsame rote Faden, der sich durch alles durchzieht. Für den steht nur die Sozialdemokratie. Ich kenne niemand anderen. Den Neoliberalen ist es wurscht, den Rechten ist es sowieso egal. Sie wollen nur schauen, dass sie mit Populismus möglichst viele Unzufriedene ansprechen können. Und da ist unsere Aufgabe, da sehr hart dagegenzuhalten, damit die Leute erkennen, wer der wirklich Schuldige ist und nicht auf solche Typen hereinfliegen.

Und die Linken und Grünen?

„Linke“ Freunde werfen uns vor, die Sozialdemokratie sei der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Das mag schon sein. Ich sitze lieber dort als Arzt, der den Menschen hilft, als jemand, der pseudorevolutionär, aber hilflos die Verhältnisse bejammert. Und die Grünen sind für mich deswegen eine Enttäuschung, weil bei ihnen die Frage der Versöhnung von Ökologie mit der sozialen Frage nicht erkennbar ist. Der soziale Ausgleich wird entscheidend sein, nicht nur in der Klimapolitik. Das sind die Themenfelder, die die Sozialdemokratie zu beackern hat. Und das stößt langsam und sicher auf Erfolg.

„Ich sehe, dass Reiche reicher und Arme ärmer werden.“

Armut & Kinderarmut abschaffen

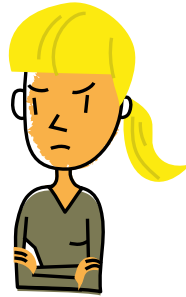
Die Volkshilfe ruft ganz Österreich auf, Kinderarmut abzuschaffen. Denn seit Beginn der Pandemie haben vor allem Kinder besonders zu leiden. Unterstützen sie die Petition mit Ihrer Unterschrift oder Ihrer Spende: <https://www.volkshilfe.at/was-wir-tun/positionen-projekte/armut-und-kinderarmut/>

Mehr dazu auch auf unserer Seite zum Nachdenken auf Seite 24.

Querraunerin

Die „neue Gerechtigkeit“ der türkisen ÖVP

Verantwortung für Österreich – so lautet der Titel des Programms der österreichischen Bundesregierung. Verantwortung? Echt jetzt? Heißt Verantwortung nicht, jenen zu helfen, die sich selbst nicht ausreichend helfen können? Ihnen eine menschenwürdige Existenz zu sichern?



„Armut statt Arme bekämpfen.“

Wenn du dir aber das 232-seitige Regierungsprogramm anschaust, dann findest du nur drei Seiten, die sich ganz konkret mit Armutsbekämpfung auseinandersetzen. Jetzt

könnte man meinen: Vielleicht ist Armut ja ein Randthema? Mitnichten! Rund 1,2 Millionen Menschen in Österreich – das sind 14 Prozent der österreichischen Bevölkerung – sind armutsgefährdet. In Zahlen heißt das: Wer als Einpersonenhaushalt weniger als 1.238 Euro verdient, gilt als armutsgefährdet. Na Oida! Leb amoi mit so wenig Geld! Besonders betroffen sind Kinder, Frauen im Alter, Alleinerzieherinnen, Langzeitarbeitslose und Menschen mit chronischer Erkrankung. Trotz Arbeit bleibt für viele am Ende des Monats kaum Geld übrig. Arme Menschen leben ungesünder, gehen seltener zum Arzt und sind häufiger chronisch krank. Dauerhaft arme Menschen sterben statistisch gesehen ganze zehn Jahre früher als Besserverdienende!

„Selber schuld!“

Für die Neoliberalen ist ja „jeder seines Glückes Schmied“! Daher sind Arme ja irgendwie auch selber schuld an ihrer Situation. Arme sind im neoliberalen Weltbild „Loser“, die „einfach nicht hackeln wollen“.

„Sozialschmarotzer“, die auf Kosten der Gesellschaft – auf unser aller Kosten leben – so jedenfalls die Erzählung der Liberalen. Weitergedacht werden sie zu einer gesellschaftlichen Last degradiert, zu „Überflüssigen“, zu einer Gruppe, die „wir alle“ „durchfüttern“ müssen. Da kommt mir die Gänsehaut. All jene Organisationen wie Volkshilfe, Caritas,

Rotes Kreuz und viele mehr, die den Schwächeren der Gesellschaft helfen, werden dann oft noch als „Gutmenschen“ mit „Helfersyndrom“ belächelt. Sie springen aber

genau dort ein, wo das Sozialsystem gravierende Lücken aufweist.

Was Sebastian Kurz und seine Türkisen als „neue Gerechtigkeit“ verkaufen wollen, ist tatsächlich die Stigmatisierung jener, auf deren Kosten die Liberalisierung geht. Kürzung der Notstandshilfe, Umbenennen der Mindestsicherung in Sozialhilfe, Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitslose etc. Macht euch selbst ein Bild! Paradebeispiel für diese Denke ist die jüngste Maßnahme im Paket „Armutsbekämpfung“: das bundesweite Kältetelefon. Da kannst du anrufen, wenn du einen obdachlosen Menschen bei Minusgraden auf der Parkbank sitzen siehst. Denn erfrieren soll in einem der reichsten Länder der Welt dann doch niemand. Das wäre nicht gut für den Wirtschaftsstandort Österreich.

Wilma

Die Schmiede des Dienst- und Besoldungsrechts

Die ExpertInnen des Legistikreferats der MA 2 brachten trotz der Lockdowns punktgenau die Gesetzesinitiativen für Umstieg, Altersteilzeit & Co auf den Weg.



BILD: © PETRA SPOLJANIGI

Angelika Schleinzer
Vorsitzende DA 102 -
Personal

Wenn die youunion mit der Dienstgeberin dienst- oder besoldungsrechtliche Änderungen vereinbart, kommen sie am Legistikreferat der MA2 nicht vorbei. Gerade einmal sechs JuristInnen decken dort das breite Spektrum im Wiener Dienstrecht ab: Dienstordnung, Besoldungsordnung, Pensionsordnung, Nebengebührenkatalog, Wiener Bedienstengesetz und eine Vielzahl von begleitenden Verordnungen, Beschlüssen etc. sind ständig an neue Gegebenheiten anzupassen oder weiterzuentwickeln. Lang vorbei ist die Zeit, wo eine Gesetzesänderung im Dienst- oder Besoldungsrecht eine Besonderheit war: Jährlich mindestens zwei – oft weitreichende – Dienstrechtssnovellen sind mittlerweile keine Seltenheit.

Rechtsvorgaben verschriftlichen

Sobald sich die Sozialpartner (Dienstgeberin und Gewerkschaft) in Verhandlungen auf die wesentlichen Eckpunkte bei einem Vorhaben geeinigt haben, formulieren die KollegInnen der MA2-Legistik die Gesetzesentwürfe sorgfältig aus. Buchstäblich bis zur letzten Minute wird mit äußerster Konzentration an den Gesetzesentwürfen und -texten gefeilt. Erst wenn die zuständigen Gremien



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / SMOLAW

Die youunion als Sozialpartnerin schätzt die Expertise der KollegInnen im Legistikreferat der MA 2

die Neuerungen dann beschließen, können sie auch formal in Kraft treten. Bei den oft halsbrecherisch kurzfristigen Terminvorgaben werden die sechs ExpertInnen von drei weiteren KollegInnen unterstützt, die sich zuverlässig um die Bürogeschäfte und die Administration kümmern.

Unglaublicher Zeitdruck

Die Corona-Pandemie fordert die ohnehin am Limit arbeitenden KollegInnen zusätzlich. An den mittlerweile ansehnlich gewachsenen Corona-FAQs arbeiten sie unter extremem Zeitdruck, weil die bundesgesetzlichen Vorgaben oft in letzter Minute erfolgen. Gleichzeitig sollen zahllose Auslegungsfragen, gesetzliche Änderungen oder rechtliche Beurteilungen ebenso dringend erledigt werden. Zum Drüberstreuen waren „nebenbei“ große Gesetzesin-

itiativen auszutüfteln, auf die die youunion lange gedrängt hat: der Umstieg in das Wiener Bedienstetengesetz, die Altersteilzeit und das Mobile Arbeiten – diese dienstrechtlichen Meilensteine hat der Wiener Landtag dann auch im Juni 2020 beschlossen.

Eine solch hohe Arbeitsintensität bewältigen die KollegInnen nur, weil sie neben ihrer Expertise in ihrem Aufgabengebiet auch große Leidenschaft einbringen. Beruflich nehmen die KollegInnen die Rolle der Arbeitgeberin Stadt Wien ein – die Kompetenz und den fairen Dialog mit den ExpertInnen der MA2-Legistik weiß aber auch die andere Seite der Sozialpartnerschaft, die youunion und die Hauptgruppen, sehr zu schätzen.

angelika.schleinzer@youunion.at

„An Gesetzesentwürfen wird oft bis zur letzten Minute intensiv gefeilt.“

Soziale Lage ist eine **Herkulesaufgabe**

Die MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht unterstützt die WienerInnen bei sozialen und finanziellen Problemen. Spätestens im Winter wird die Anzahl der Hilfesuchenden steigen.

Trotz der extrem kurzfristigen Implementierung vollkommen neuer Arbeitsweisen nach Ausbruch der Corona-Pandemie vor eineinhalb Jahren konnten die KollegInnen der MA 40 den Kontakt mit den KundInnen durchgehend aufrechterhalten. Als klassische, niederschwellig agierende Dienstleistungsabteilung der Stadt Wien wickelt sie den Großteil der Kontakte mit den AntragstellerInnen persönlich ab. Durch die COVID-19-Pandemie war ein persönlicher Kontakt aber nicht möglich, daher wurden die Kommunikationswege situationselastisch adaptiert – immer mit dem größten Augenmerk auf die Bedürfnisse der KundInnen.

Ungeahnte Ausmaße

Nach jedem Lockdown hatten Teilbereiche der MA 40 mit massiven Arbeitssteigerungen zu kämpfen. 51.050 Anträge auf Entschädigung von Arbeitgebern nach der Absonderung von ArbeitnehmerInnen nach dem Epidemiegesetz mussten von den MitarbeiterInnen im Gesundheitsrecht bearbeitet werden, 33.112 Bescheide wurden bis einschließlich 17. Juni erstellt, wie aus der parlamentarischen Anfragebeantwortung des Gesundheitsministers hervorgeht.

Soziale Auswirkungen ...

Bislang haben die COVID-19-Maßnahmen des Bunds einen Anstieg der Fallzahlen bei den BezieherInnen von Mindestsicherungsleistungen verhindert. Die Anhebung der Notstandshilfe auf das Niveau des Arbeitslosengelds bis September, aber auch die Einmalzahlung von 450 Euro im September des Vorjahrs, ‚vertagt‘ die sozialen Auswirkungen der Pandemie noch auf unbestimmte Zeit. Auch Mietzinsstundungen sowie der Aufschub von Delogierungen sorgen noch für Ruhe vor dem Sturm. Und die Lockerung des Kündigungsschutzes in der kürzlich in Kraft getretenen Phase 5 der Kurzarbeitsregelung wird sich auch erst in den kommenden Monaten bemerkbar machen.

... kommen zeitverzögert

Die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen haben den Arbeitsaufwand in der MA 40 bereits drastisch erhöht – aber die sich erst Schritt für Schritt auswirken-

den sozialen Folgen dieser Pandemie werden noch zur Herkulesaufgabe für die KollegInnen der MA 40 werden. Denn nach jeder auslaufenden Bundesmaßnahme ist mit einer gewaltigen Steigerung an Wiener-Mindest-Sicherungs-(kurz: WMS-)Anträgen zu rechnen.

Die KollegInnen werden ihr Bestes geben, um all jenen rasch zu helfen, die unverschuldet an den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu leiden haben.

johann.holl@wien.gv.at

„Der Unterstützungsbedarf aufgrund von finanziellen Problemen wird massiv ansteigen.“



In Österreich ist Armut weiblich – das ist leider traurige Tatsache!



Hans Holl
Vorsitzender DA 115 –
Soziales, Sozial- und
Gesundheitsrecht

Die sozialen Folgen der Pandemie

Die emotionalen und finanziellen Mehrbelastungen durch die Corona-Pandemie haben die soziale Situation sehr vieler Familien und Kinder massiv verschärft.



BILD: ©PHILIPP SCHUSTER/AG1

Stefan Rudolph
Vorsitzender-
Stellvertreter
DA 129 - Ämter für
Jugend und Familie

Seit dem Ausbruch von COVID-19 haben viele Eltern ihre Arbeit verloren, finanzielle Krisen, prekäre Wohnsituationen und hoher psychischer Druck waren und sind die Folge. Die Einschränkung der sozialen Kontakte hat in vielen Familien Konflikte ausgelöst, oft auch zu Gewalt geführt. Die Isolation während der Lockdowns und Schulschließungen hat bei vielen Kindern zu dramatischen psychischen Belastungen geführt. Die MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe sind immer öfter mit psychischen Erkrankungen, Depressionen und Suizidgedanken schon im frühen Kindes- und Jugendalter konfrontiert. Der Wiedereinstieg ins Schulgeschehen fällt vielen nun sehr schwer, diese Kinder und Jugendlichen brauchen ausreichend Unterstützung.

Breites Aufgabengebiet

In der MA 11 gibt es unterschiedliche Angebote, um Wiener Familien zu entlasten. In den Familienzentren der MA 11 arbeiten SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und PsychologInnen. Sie bieten Eltern umfassende Informationen, Beratung und Unterstützung bei allen Themen rund um die Geburt, in Erziehungsfragen, bei wirtschaftlichen

Problemen sowie bei Trennung, Scheidung und Kontaktrechtsfragen. Durch fundierte Beratung, Vernetzung oder Intervention bei Institutionen können wirtschaftliche Krisen rechtzeitig abgewendet werden.

Existenzgrundlagen sichern

Die Rechtsvertretung der MA 11 hilft bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen von Kindern und bei Unterhaltsvereinbarungen für minderjährige Kinder. Die KollegInnen bieten Hilfestellung bei der Feststellung der Vaterschaft oder für das Durchsetzen von Unterhaltsvorschüssen. Auch die Beantragung des Wiener Familienzuschusses und Ansuchen auf Befreiung vom Essensbeitrag in Kinderbetreuungseinrichtungen hilft, Familien finanziell zu entlasten.

Die Regionalstellen ‚Soziale Arbeit mit Familien‘ in den Bezirken sind erste Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Lebenssituationen. Oberstes Ziel ist es, Kindern ein gewaltfreies, kindgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen. Zu den Kernaufgaben gehören die Beratung und Vermittlung von Ressourcen bei Erziehungsproblemen und in wirtschaftlichen Notsituationen, Hilfsangebote in Krisensituationen sowie Sofortmaßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen bei akuter Gefährdung. Der Bedarf an den MA 11-Unterstützungsangeboten ist seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in allen Bevölkerungsgruppen sprunghaft angestiegen.

stefan.rudolph@wien.gv.at
silvia.winand@wien.gv.at

Die 10 wichtigsten Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention:

- Recht auf freie Meinungsbildung & -äußerung
- Recht auf Gesundheit
- Recht auf elterliche Fürsorge
- Recht auf gewaltfreie Erziehung
- Recht auf besondere Fürsorge & Förderung bei Behinderung
- Recht auf Spiel & Freizeit
- Recht auf Gleichheit
- Recht auf Bildung
- Recht auf Schutz im Krieg & auf der Flucht
- Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher & sexueller Ausbeutung

Sie bilden die Basis der Kindeswohl-Definition im Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz und sind die Grundlage der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in allen Bereichen.

„Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Gewalt und Vernachlässigung müssen minimiert werden.“

In der MA 11 ist Feuer am Dach

Ob Überstände, zu wenig Personal, hohe Burnout-Raten oder steigende Überstundenzahlen – die Situation in den Wohngemeinschaften und Krisenzentren ist angespannt wie noch nie.

Das Krisenzentrum soll ein sicherer Rückzugsort für Kinder sein, wenn es zu Hause nicht mehr sicher ist – tatsächlich müssen die Kinder im Krisenzentrum aber oft Gewalt durch tätliche Übergriffe von anderen Kindern erleben und körperliche Gewalt gegenüber SozialpädagogInnen mitansehen. Aufgrund des ständigen Überbelegs ist oft kein Bett mehr frei. Die Kinder müssen dann in zu kleine Zimmer „hineingestopft“ werden, haben kein richtiges Bett, kein Nachtkästchen, keine Nachttischlampe, nicht einmal einen Kleiderkasten. Manche müssen auf Matratzen am Boden liegen, immer wieder auch in Besprechungszimmern.

Außerdem mussten Wohngemeinschaften aufgrund von Personalmangel geschlossen und die Kinder aufgeteilt werden.

Stadtrechnungshofberichte

Mit den veralteten Rahmenbedingungen kann die MA 11 den KlientInnen nicht die Betreuung bieten, die sie dringend brauchen! 2020 sind die Überstunden der MitarbeiterInnen, zusätzlich zur 45-Stunden-Woche, auf 15.800 angestiegen. Auch für die heutigen Herausforderungen braucht es zusätzliches Personal. Obwohl der Stadtrechnungshof in zwei Berichten die Missstände aufgezeigt hat, gibt es keine Aussicht auf Verbesserung. Gesetzeswidrige Überstände, Nichteinhaltung der Ruhezeiten, Überstunden bei



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MARIA SYMCHYCH

Mit einem Anti-Stressball werden wir die Probleme nicht lösen können

Teilzeitkräften, Überschreitung der Jahreshöchstarbeitszeit, keine planbare Freizeit und noch vieles mehr werden der Gewerkschaft täglich zugetragen.

Falsche Investitionen

Mit der Investition in private Einrichtungen wird leider der falsche Weg beschritten. Die ständigen Überstandszahlen in allen Wiener Kinderkrisenzentren zeigen, dass diese Investitionen ohne Erfolg bleiben. Laut Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr wurde erneut die Schaffung von zwei Wohngemeinschaften bei privaten Trägern in Auftrag gegeben – diese decken gerade einmal den bestehenden Bedarf aufgrund der geschlossenen Wohngemeinschaften ab. Außerdem soll ein überregionales „Spezialkrisenzentrum“ mit sechs Plätzen eingerichtet werden. Auch das wird leider keine Abhilfe schaffen, denn zu Spitzenzeiten werden schon

jetzt die zwölf Kinderkrisenzentren mit bis zu 15 Kindern belegt, obwohl sie für die Aufnahme von nur acht Kindern ausgerichtet sind. Diese sechs weiteren Plätze sind also viel zu wenig, um die Probleme der Krisenzentren zu lösen.

Mehr Ressourcen unabdingbar

Darum braucht die MA 11 dringend mehr Personal, aber auch neue Konzepte für praktisch alle Bereiche. Eine Studie zur detaillierten Erfassung der Ist-Situation wäre hilfreich, um das ganze Ausmaß der fehlenden Ressourcen sichtbar zu machen.

andreas.walter@wien.gv.at

„Das Kindeswohl ist aufgrund der ständig überhöhten Auslastung gefährdet!“



BILD: © PETRA SPOLA/HGT

Andreas Walter
Vorsitzender
DA 116 - Wiener
Kinder- und
Jugendhilfe

Altersteilzeit hilft beim **Wissenstransfer**

Die Babyboomer kommen ins Pensionsalter – in wenigen Jahren wird mehr als ein Drittel der KollegInnen in Pension gehen und enormes Fachwissen mitnehmen.

Im Juni 2020 hat der Wiener Landtag die langjährige Forderung der younion nach Altersteilzeit im Dienstrecht beschlossen – auch um den Wissenstransfer zu unterstützen. Dieser kann allerdings nur dann funktionieren, wenn neue KollegInnen bereits eingestellt werden, solange die erfahrenen KollegInnen noch im Dienst sind. Ein Generationenwechsel dieses Ausmaßes lässt sich nicht zum „Nulltarif“ bewältigen.

Wie funktioniert Altersteilzeit für BeamtInnen und Vertragsbedienstete?

Im Wiener Dienstrecht gelten ab 1.1.2022 Altersteilzeitregelungen wie sie in der Privatwirtschaft längst üblich sind. Wegen des beabsichtigten Wissenstransfers ist nur die „kontinuierliche“ Altersteilzeit möglich (keine Blockvariante). Wichtig: Auch für BeamtInnen ist Altersteilzeit möglich, es gibt nur geringe Abweichungen,

die den Besonderheiten des BeamtInnenrechts geschuldet sind.

Die Dienstgeberin übernimmt die Hälfte der durch die Teilzeit entstehenden „Lohnlücke“ als Lohnausgleich. Außerdem gibt es keine Einbußen bei Pension, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Abfertigung alt und neu. Allerdings erfolgt der Lohnausgleich höchstens bis zur monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (2021: EUR 5.550) – und zwar sowohl für BeamtInnen als auch für Vertragsbedienstete.

Die wichtigsten Spielregeln:

- Anträge auf Altersteilzeit sind ab 1. Jänner 2022 möglich. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit!
- Der Antrag darf frühestens fünf Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter gestellt werden. (Achtung: derzeit noch unterschiedliches Pen-

sionsalter Männer – Frauen für Vertragsbedienstete! Für Beamtinnen und Beamte sowie männliche Vertragsbedienstete ist das gesetzliche Pensionsalter das 65. Lebensjahr, sie können also frühestens ab dem 60. Lebensjahr Altersteilzeit nehmen.)

- Vertragliche Bedienstete können eine Altersteilzeit nur in Anspruch nehmen, wenn die Stadt Wien Anspruch auf Altersteilzeitgeld (bei kontinuierlicher Altersteilzeit) bzw. Teilpension (bei der erweiterten Altersteilzeit = bei Anspruch auf Korridorpension ab dem 62. Lebensjahr bei Männern) hat.
- Die Arbeitszeit muss mindestens um 40 Prozent reduziert werden, maximal jedoch um 60 Prozent. Bezogen auf eine 40-Stunden-Woche bedeutet das: Vor Beginn der Altersteilzeit muss das durchschnitt-

Modellrechnung Lohnausgleich bei einem Beschäftigungsausmaß von 40 Stunden vor der Altersteilzeit:

Vereinbarte Altersteilzeit in Stunden	Prozentausmaß Dienstleistung	Die volle Lohnlücke (Reduktion der Arbeitszeit) beträgt	Lohnausgleich durch Dienstgeber*)	DienstnehmerIn erhält *)
24	60 %	40 %	20 %	80 % (60 + 20)
20	50 %	50 %	25 %	75 % (50 + 25)
16	40 %	60 %	30 %	70 % (40 + 30)

*) maximal bis zur monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (2021: EUR 5.550)



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / FRIENDS STOCK

liche Beschäftigungsausmaß im Jahr vor der Altersteilzeit mindestens 27 Stunden betragen. Das niedrigstmögliche Beschäftigungsausmaß bei Altersteilzeit sind 16 Stunden.

- Die Altersteilzeit darf nur mit einem Monatsersten beginnen, der mindestens drei Monate im Voraus liegt.
- Die Altersteilzeit darf höchstens bis zum gesetzlichen Pensionsalter laufen (BeamtenInnen: höchstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem man 80 Prozent der Ruheentgeltbemessungsgrundlage erreicht) – sie ist daher

maximal fünf Jahre lang möglich.

- Schon mit dem Antrag auf Altersteilzeit lösen Vertragsbedienstete einvernehmlich das Dienstverhältnis zum gesetzlichen Pensionsalter (BeamtenInnen beantragen stattdessen die Versetzung in den Ruhestand).

Während der Altersteilzeit verboten oder unzulässig sind:

- Mehrdienstleistungen (Gleitzeitguthaben müssen binnen drei Monaten eins zu eins in Freizeit ausgeglichen werden; es können daher auch keine Wahldienste geleistet werden.)

- Erwerbsmäßige Nebenbeschäftigungen (Achtung: Bestand vor der Altersteilzeit eine Nebenbeschäftigung, ist diese zu beenden!)
- Rahmenzeit für Freijahr/Freiquartal, Karenzurlaube

angelika.schleinzer@younion.at

„Bei einem Generationenwechsel solchen Ausmaßes muss der Nachwuchs rechtzeitig aufgebaut werden - sonst scheitert der Wissenstransfer.“

Innovatives Pilotprojekt für

Im Kampf um die besten Köpfe machen sich maßgeschneiderte innerbetriebliche Ausbildung und Qualifikation künftiger MitarbeiterInnen bezahlt. Im September wurde ein vielversprechendes Projekt gestartet.



BILD: © PETRA SPOLAJNGI

Angelika Schleinzer
Vorsitzende DA 102 -
Personal

Wenn sich die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren endgültig in die Pension verabschiedet, findet ein Generationenwechsel enormen Ausmaßes statt. Denn etwa ein Drittel aller KollegInnen scheidet in den kommenden Jahren aus dem aktiven Dienst aus. Damit das gewaltige Erfahrungswissen der älteren KollegInnen nicht unwiederbringlich verloren geht, braucht es ein Bündel an wirkungsvollen Instrumenten. Neben der Altersteilzeitregelung gibt es nun einen weiteren Baustein, um den Wissenstransfer in den Dienststellen zu unterstützen: ein eigener, unter der Federführung der Magistratsdirektion konzipierter Ausbildungsgang.

Arbeitsmarkt ist in Bewegung

Auf dem Arbeitsmarkt sucht eine erhebliche Anzahl junger Arbeitskräfte, die bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung und/oder Berufserfahrung verfügen, eine neue Stelle. In der Pandemie haben sich außerdem viele dazu entschieden, sich beruflich neu zu orientieren. Im Mai 2021 hat daher Bürgermeister Michael Ludwig gemeinsam mit Personalstadtrat Jürgen Czernohorszky und youunion-Vorsitzendem Christian Meidlinger ein innovatives Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Wien, dem WAFF



Dr. Friedrich Stanzel, FH Campus Wien (1. Reihe, 1. von links); Frau Mag.^a Tanja Futterknecht, WAFF (1. Reihe, 2. von links) und Dr. Christian Wimmer, MD-PR (2. Reihe, 1. von rechts) mit den LehrgangsteilnehmerInnen beim Ausbildungsstart im Festsaal des Wiener Rathauses

und dem FH Campus Wien vorgestellt: Jungen Berufstätigen zwischen 19 und 30 Jahren wird eine für die Stadt Wien maßgeschneiderte Qualifizierung angeboten. Diese soll für Interessierte speziell in der Berufsfamilie „Verwaltung/Administration Sachbearbeitung Spezialisiert“ die Chancen auf eine spätere Anstellung erhöhen.

Anfang September startete der erste Lehrgang als Pilotprojekt. Die praktische Ausbildung findet direkt in den Dienststellen statt, zum Beispiel in der MA 01, MA 40 oder MA 11. Die theoretische Ausbildung (Studienberechtigungsprüfung) erfolgt parallel dazu am FH Campus Wien und umfasst auch die Dienstausbildung an

„Es muss in jene investiert werden, die den Babyboomern nachfolgen sollen.“

neues Verwaltungspersonal



BILD © MD-PR/SANDRA GROZUREK

Modells: Während der gesamten Lehrgangsdauer erhalten die Teilnehmenden ihr Arbeitslosengeld weiter, damit sind sie während der Ausbildungszeit automatisch sozialversichert.

Innovative Ausbildung

„Die Stadt Wien erbringt auch in der Verwaltung hochspezialisierte Leistungen – vom Personalbereich bis hin zu Tätigkeiten im KundInnenservice. Dafür müssen wir rechtzeitig engagierte Menschen ausbilden und haben deshalb sozialpartnerschaftlich gute Instrumente entwickelt“, betont Personalstadtrat Czernohorszky, younion-Vorsitzender Christian Meidlinger ergänzt: „Die demographische Entwicklung in den Dienststellen verlangt innovative Strategien: Zusätzlich zur neuen Altersteilzeit soll dieses Projekt dazu beitragen, das Wissen in den Dienststellen zu halten, wenn die älteren KollegInnen in die wohlverdiente Pension gehen. Es muss schon jetzt in jene investiert werden, die nachrücken sollen.“

Pilotprojekt gestartet

Vor dem Sommer wurden aus zahlreichen Bewerbungen die TeilnehmerInnen ausgewählt. Mag. Martin Wagner (MD-PR, GPE) leitet gemeinsam mit seinem Team der Wien-Akademie das Pilotprojekt und ist von den Vorteilen dieses Instruments überzeugt. „Am 1. September sind wir mit 14 TeilnehmerInnen in mehreren Pilotdienststellen gestartet. Der theoretische Lehrplan

der Wien-Akademie. Nach dem erfolgreichen Abschluss des rund 14-monatigen Lehrgangs haben TeilnehmerInnen eine deutlich bessere Chance, wenn sie sich für einen Job bei der Stadt Wien bewerben. Während des Lehrgangs besteht noch kein Dienstverhältnis zur Stadt Wien. Eine nicht unwichtige Besonderheit dieses

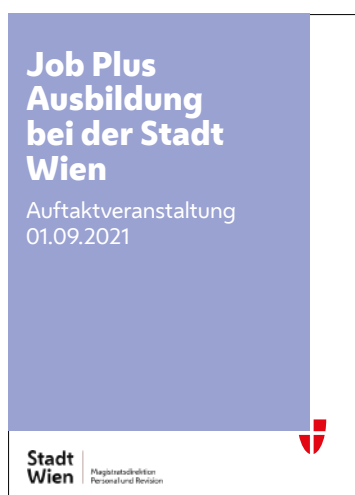


BILD © MAG. MARTIN WAGNER (LEITER WIEN-AKADEMIE)

ist auf eine zukünftige Anstellung bei der Stadt Wien ausgerichtet, und die Dienststellen können während der praktischen Ausbildung potentielle künftige MitarbeiterInnen ,kennenlernen.“

Potentielle MitarbeiterInnen kennenlernen

Die praktische Mitarbeit in den Dienststellen ist integraler Bestandteil der Ausbildung. Wird eine Stelle frei, können geeignete KandidatInnen nach Absolvierung der Ausbildung nahtlos übernommen werden.

Bewährt sich das Pilotprojekt wie erwartet, lässt es sich weiterentwickeln oder auf noch mehr Kursgruppen ausweiten. Die younion unterstützt die Weiterentwicklung dieses innovativen Projekts selbstverständlich sehr.

angelika.schleinzer@younion.at

Nur Interesse oder aktive Beteiligung?

Auch wenn sich junge Menschen wieder vermehrt für Politik interessieren, heißt das noch lange nicht, dass sie auch bereit sind, sich aktiv und ganz konkret zu engagieren.



BILD: © RENÉE DEL MISSEBRINGT

Melanie Orou
Vorsitzende der
Jugendvertrauens-
personen

Seit Beginn der Corona-Pandemie ist das Interesse der Jugendlichen an der Politik nachweislich gestiegen. Sie waren vor allem von Schul-, FH- bzw. Uni-Schließungen betroffen, aber auch das Fehlen von Möglichkeiten zum sich Treffen war ein großes Thema, weil Lokale, Bars, Clubs und Kulturveranstaltungen lange geschlossen halten mussten. Aufgrund des unfreiwilligen zu Hause sein Müssens haben viele begonnen, die politischen Entwicklungen aufmerksamer mitzuverfolgen. In den sozialen Medien wurde wieder mehr über Politik diskutiert.

Erfreuliche Entwicklungen

Gleichzeitig hält der Trend an, dass sich junge Menschen von Institutionen und Organisationen eher distanzieren – was Gewerkschaften vor neue Herausforderungen stellt. Darum wollten wir durch eine Umfrage herausfinden, in welcher Form wir am besten an unsere Lehrlinge herankommen und diese zu aktiver Mitarbeit motivieren können. Zwischen 24. Juni und 9. Juli wurden 123 Lehrlinge befragt. Über 50 Prozent der Teilnehmenden sind im ersten Lehrjahr, was zeigt, dass vor allem bei den Jüngsten die Bereitschaft da ist, sich zu beteiligen.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / RAWPIXEL.COM

Fast drei Viertel sind bereit, an Unterschriftenaktionen teilzunehmen, fast 60 Prozent unterstützen Online-Aktionen. Am erfreulichsten aber ist, dass 59,2 Prozent angaben, sich am Arbeitsplatz engagieren zu wollen. Diese steigende Bereitschaft zur aktiven Beteiligung beobachten wir auch in der Hauptgruppe 1 Jugend. Trotz der schlechten Erreichbarkeit der Lehrlinge aufgrund von Corona konnten mehr als zehn neue FunktionärInnen angeworben werden, die es kaum abwarten können, aktiv zu helfen.

Dieses Engagement kommt uns vor allem jetzt sehr gelegen,

denn Ende November finden wieder Jugendvertrauenspersonen/-rats(JVP/JVR)-Wahlen statt. Wir freuen uns über die neue Energie, die neuen Ideen zur Vertretung unserer Lehrlinge und jungen ArbeitnehmerInnen.

Jugendvertrauensperson wählen!

Aber auch du kannst mit deinem Kreuzchen dazu beitragen, etwas zu verändern. Wir rufen dich auf, bei der JVP/JVR-Wahl deine Stimme abzugeben, damit wir FÜR DICH stärker werden!

melanie.orou@wien.gv.at

„Nicht vergessen: 29.11. bis 3.12. Wahl der Jugendvertrauenspersonen!“

Zweiklassengesellschaft

Menschen mit Behinderungen, die am Arbeitsmarkt nur geringe Chancen hätten, wird im Rahmen der Sonderaktion ein Dienstverhältnis ermöglicht – mit wenig Chance auf Weiterentwicklung.

In der Stadt Wien sind ca. 1.300 KollegInnen mit Behinderungen auf Dienstposten in den Dienststellen beschäftigt. Weitere 600 KollegInnen mit Behinderungen sind auf Dienstposten der Magistratsdirektion beschäftigt, welche den Dienststellen zusätzlich zum Dienstpostenplan zugewiesen und von der Magistratsdirektion bezahlt werden. Bei letzteren handelt es sich um Dienstposten der sogenannten Sonderaktion für Menschen mit Behinderungen. Diese Zweiteilung führt immer wieder zu gravierenden Problemen.

Bedienstete der Sonderaktion stehen einer Dienststelle zusätzlich zur Verfügung. Den Dienststellen entstehen für diese KollegInnen keine Personalkosten, dafür soll jedoch gewährleistet werden, dass behinderungsbedingte längere Einarbeitungsphasen berücksichtigt werden bzw. nur solche Aufgaben von den KollegInnen zu erfüllen sind, die behinderungsbedingt möglich sind. Eine spätere Eingliederung auf einen Planposten ist bei Erfüllung der Anforderungen möglich.

Die Hemmschuhe ...

Doch dieses Konzept funktioniert in der Realität nicht, denn die unterschiedliche Kostentragung führt zu falschen Anreizen für die Dienststellen. In der Sonderaktion sind nur marginale Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden, weil Bedienstete bei guter Leistung – so sieht es das Konzept vor – auf einen Posten in der Dienststelle übernommen werden sollten. Bei

hoch motivierten Bediensteten mit Behinderungen haben die Dienststellen jedoch leider oft kein Interesse, einen Dienstposten zur Verfügung zu stellen. Denn sobald der/die engagierte Kollege/in vom Sonderaktionsposten auf den Planposten aufrückt, ist es ungewiss, ob der Sonderaktionsposten überhaupt nachbesetzt wird und mit welcher Qualifikation. Die Gefahr, eine zusätzliche leistungsstarke Arbeitskraft zu verlieren, ist zu groß.

... rasch beseitigen

MitarbeiterInnen wiederum, die einen Planposten in einer Dienststelle haben und die Einschränkungen in ihrer Leistungsfähigkeit erfahren, geraten oft massiv unter Druck, sich zu verändern. Dies scheitert jedoch in der Praxis, da andere Dienststellen in der Regel nur daran interessiert sind, Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Sonderaktion aufzunehmen – da diese keine Perso-

nalkosten verursachen und den Dienstposten mitbringen.

Planposten für alle

Dieses zweigeteilte System führt zu strukturellen Diskriminierungen auf verschiedenen Ebenen. Es ist höchste Zeit, dies zu ändern. Es braucht eine Verpflichtung, alle MitarbeiterInnen mit Behinderungen auf regulären Planposten zu beschäftigen. Zusätzlich soll ein gestaffeltes Anreizsystem etabliert werden, damit auch Menschen mit Leistungseinschränkungen eine Chance haben. Denn Diversitätsmanagement heißt, Vielfalt zu leben und zum Wohle aller konstruktiv zu nutzen – und diskriminierende Strukturen zu überwinden.

ruth.kaltenbacher@wien.gv.at
harald.castek@wien.gv.at

„Über Vielfalt darf nicht nur geredet werden, sie muss gelebt werden.“



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / ANDREY_POROV



BILD: © PETRA SPOLAHIGI

Harald Castek
Behindertenvertrauenspersonen-
Landessprecher

Die **Ausbildungen** gehen weiter

Die COVID-19-Pandemie stellt uns nicht nur im Privat- und Berufsleben vor große Herausforderungen, sie wirkt sich auch auf die Aus- und Weiterbildung aus.



BILD: © PETRA SPOLAJ/IGT

Günter Unger
Vorsitzender-
Stellvertreter,
Bildungsreferent
und Internationale
Vertretungen

Alle guten Dinge sind drei! Nach den Absagen im Frühjahr 2020, den Neuplanungen im Herbst 2020 und der darauffolgenden Absage aller Termine ab Jänner 2021 arbeiten wir schon lange wieder an der Fortsetzung unseres Kursangebots.

Planbarkeit im Fokus

Ab September 2021 werden die fehlenden Grundkurse 1 nachgeholt – allerdings mit einem geänderten Setting. Die noch ausstehenden Kurse werden ausschließlich in Wien stattfinden, in den Seminarräumlichkeiten der KSV-Sportanlage. Und aus Sicherheitsgründen werden wir die Kurse mit einer stark verringerten TeilnehmerInnenanzahl abhalten. Der Abschluss ist für November 2021 geplant, danach soll es nahtlos mit den darauf aufbauenden Grundkursen 2 und 3 weitergehen. Diese werden bereits bis Ende Juni 2023 durchgeführt, damit wir die gesamte Ausbildung unserer PersonalvertreterInnen bis zum Jahr 2024 abschließen können.

Auch an Neuerungen bei den Lernhilfekursen sind wir dran. Parallel zur Einführung der modularen Dienstausbildung hatten wir ja ein neues Konzept für die Lernhilfekurse für unsere KollegInnen bzw. Mitglieder entwickelt. Die Umstellung bedeutete einen deutlichen organisatorischen sowie zeitlichen Mehraufwand, den wir nun durch ein neues Bildungsprogramm



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / GOODSTUDIO

technisch unterstützen bzw. ergänzen wollen.

Coronataugliche Konzeption

Präsenzkurse bei der Aus- und Weiterbildung sind für unsere Vertrauenspersonen und Mitglieder das Um und Auf. Denn nur dabei ist es möglich, dass sich unsere KollegInnen über die Herausforderungen in den jeweiligen Dienststellen austauschen und ein für die (Gewerkschafts-) Arbeit wichtiges Netzwerk aufbauen. Darum legen wir großes Augenmerk auf die Berücksichtigung aller Notwendigkeiten zur Einhaltung der vorgeschriebenen Corona-Schutzmaßnahmen.

Sowohl bei unseren Grundkursen als auch bei den Lernhilfekursen soll die digitale Kursform nur eine Ergänzung zu den Präsenzkursen darstellen, diese aber keinesfalls ersetzen. Da die Entwicklung der Pandemie aber nicht vorhergesehen werden kann, befassen wir uns trotzdem mit allen möglichen Online-Alternativen, damit unsere Vertrauenspersonen und Gewerkschaftsmitglieder ihre Ausbildung in dieser Periode abschließen können. Wie auch immer sich die Pandemie entwickelt – die Ausbildung wird stattfinden.

guenter.unger@wien.gv.at

Wer wirklich die Scherben wegräumt

Krisen bringen es mit sich, dass die Aufmerksamkeit auf einige wenige Dinge reduziert wird. Themen, die vorher schon im Abseits standen, finden in Ausnahmezeiten noch weniger Beachtung.

Der derzeitigen Bundesregierung sind Frauenthemen kein Anliegen. Zum Bekämpfen einer Krise braucht es ja auch nur richtige Männer. Oder war da noch was?

Gesellschaftspolitisch relevante Themen werden schon seit einiger Zeit komplett in den Privatbereich geschoben. Sei es die Gewalt an Frauen, das Thema Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen, das eklatante Auseinanderklaffen der Pensionshöhe zwischen Männern und Frauen ... Ja – vieles ist Ergebnis persönlicher Entscheidungen. Diese Entscheidungen finden aber in einem Umfeld statt, und dieses Umfeld (mit)zugestalten, ist die Aufgabe der Politik.

Seit der ersten türkis-geführten Regierung werden Frauenrechte Stück für Stück wieder in Frage gestellt. Nun bietet die Krise noch einen zusätzlichen Vorwand, um alte Frauenbilder wieder modern zu machen und uns zu suggerieren: Wir haben jetzt Wichtigeres zu tun, als uns um Gleichstellung zu kümmern – stellt euch weiterhin hinten an.

Aus den Augen, aus dem Sinn
Frauen und Frauenthemen verschwinden vom Bildschirm und fallen so noch weniger auf. Die aktuelle Studie „Frauen-Politik-Medien-2020“ stellte fest, dass die mediale Präsenz zu 77 Prozent den Männern gehört und nur zu 23 Prozent den Frauen. Um die Studienautorin Maria Pernegger



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / ANDRII VALANSKYI

zu zitieren: „Die Frauenpolitik ist eine Krisenverliererin.“ Frauen würden zwar mit 60 Prozent die Mehrheit in den sogenannten „systemrelevanten Berufen“ stellen, seien aber medial nicht sichtbar, ist eine der zentralen Erkenntnisse.

Krisenverliererinnen

Es sind Frauen, die auch in Krisenzeiten das Getriebe am Laufen halten – sie sind die viel zitierten Systemerhalterinnen. Ihre wirkliche Bedeutung wird jedoch gerne negiert, wenn es darum geht, für Frauen auch etwas zu tun. Ein Danke, gut gemacht reicht garantiert nicht.

Viele Frauen mussten im letzten Jahr wegen Corona ihre Arbeitszeit reduzieren oder der Kinderbetreuung wegen ihren Job ganz an den Nagel hängen. Andererseits waren es vor allem Berufsgruppen mit einem signifikant höheren Frauenanteil – Pflege, Handel, Reinigung u. v. m. – die oft bis an die Grenze zum Burnout

Arbeit, Homeschooling und Haushalt gemanagt haben. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit sowie gleich gute Weiterbildungsmöglichkeiten im Beruf sind dafür doch das mindeste! Oder nicht?

Darum ist es nach wie vor wichtig, dass es Menschen gibt, die sich weiter für Gleichstellung stark machen – dass Frauenabteilungen da sind und lautstark die Stimme erheben, wenn andere erschöpft verstummen. Und damit der Equal Pay Day im Spätherbst nicht aus der medialen Aufmerksamkeit verdrängt werden kann, um auf die noch immer bestehende Lohnschere zwischen Mann und Frau aufmerksam zu machen.

regina.mueller@wien.gv.at

„Frauen sind die großen Verliererinnen in der Pandemie.“

Barbara Unmüßig, Politologin und Vorsitzende der Heinrich Böll Stiftung



BILD: © PETRA SPIOLA/NGI

Regina Müller
Frauenvorsitzende
sowie Referentin für
Frauen, Jugend und
Diversität

Kinderarmut in Österreich

Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung sind Kinder mit höherer Wahrscheinlichkeit von Armut betroffen.

398.000

Kinder leben in einem Haushalt, in dem es finanziell nicht möglich ist, unerwartete Ausgaben zu tätigen, etwa für die Reparatur der Waschmaschine oder eines Kühlschranks.



281.000

Kinder leben in Haushalten, die es sich nicht leisten können, auf Urlaub zu fahren.

184.000

Kinder müssen in feuchten oder schimmlichen Wohnungen leben.



104.000

Kinder leben in einem Haushalt, der mit Zahlungen im Rückstand ist.

79.000

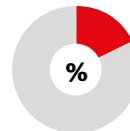
Kinder können es sich nicht leisten, jeden 2. Tag Fisch, Fleisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.



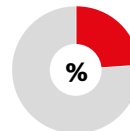
57.000

Kinder können sich keine Kleidung kaufen, wenn die alte abgenutzt ist.

Im Jahr 2020 ...



... waren **291.000** Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren **armutsgefährdet (18 %)**.



... machten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren **knapp ein Viertel (24 %) aller Armutsgefährdeten aus.**



... **10 %** der Kinder unter 16 Jahren können sich **mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten nicht leisten.**



Echt gut!

„Wir sind in Wien keine nachgeordnete Dienststelle des Bundes. Ich bin kein Abteilungsleiter der Bundesregierung, sondern im Zuge des Föderalismus ein wichtiger Bestandteil dieser Republik.“

Bürgermeister Michael Ludwig, SPÖ, Anfang September zur nicht abgestimmten Vorabankündigung neuer Corona-Maßnahmen ✓✓

„Ich kenne eigentlich keinen Bericht des Rechnungshofs, der sich mit dem Weltuntergang befasst. Wir rechnen auch nicht damit.“

Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker im ZIB 2-Interview zur Kanzler-Kritik am Rechnungshof während seines Sommergesprächs ✓✓

„Ein faktischer Zusammenhang ist eindeutig erwiesen als Gegenleistung für die Spende eines wohlhabenden Freundes.“

Richterin Claudia Moravec-Loidolt in der Urteilsbegründung für den ehemaligen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ✓✓

Echt böse!

„Ich wollte eigentlich immer etwas Anständiges machen und nicht Politiker werden.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz, ÖVP im Sommergespräch Anfang September ✓✓

„Fuck it - mach ma's einfach ...“

GR Ömer Öztas kritisiert die Stadtregierung mit zweifelhafter Wortwahl in der GR-Sitzung am 22. September beim Thema Änderung der Tarife für die Benutzung der städtischen Bäder ✓✓



BILD © PRIVAT

Bunte Familien in Brüssel

Brüssel ist eine internationale Stadt. Drei von zehn Einwohner*innen kommen aus einem anderen Land, oft aus dem benachbarten Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und – die belgische Statistik zählt das dazu! – dem Vereinigten Königreich. Etwa die Hälfte aller ausländischen Staatsbürger*innen kommt aus dem EU-Raum, allen voran Italien und Rumänien; häufigste Nicht-EU-Herkunftsländer sind Marokko und die Türkei.

Eine bunte Mischung aus 180 Nationen lebt in Brüssel. Viele sind mit Partner*innen aus einem anderen Land verheiratet, die Kinder wachsen oft zwei- bis dreisprachig auf. Und das nicht nur, weil Brüssel von vornherein zweisprachig ist. Familiengeschichten hier sind bunt, europäisch, international. Eine Oma in Tanger, eine Cousine in Paris, ein Neffe in Bristol. Mehrsprachigkeit ist kein Spleen, sondern etwas ganz Normales.

Nicht nur im Sommer ist daher alles rund um's Reisen wichtig. Besonders, wenn sich Corona-Auflagen mit noch strengeren Reisebestimmungen als früher mischen – etwa bei Großbritannien. Es wäre schon leichter, wenn sich die britische Regierung zu einem klareren Status für „ehemalige“ EU-Bürger*innen, die noch immer auf der Insel leben, entschließen könnte. Noch wichtiger wäre, dass auch die österreichische Regierung anerkennt, dass Menschen durchaus mehr als eine nationale Identität haben können: mit einfacheren Regeln für Doppelstaatsbürgerschaften. Das hilft nicht nur beim Reisen, sondern vor allem auch beim Leben der vielen ganz normalen, bunten, multinationalen Familiengeschichten.

Michaela Kauer, MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel



Dipl.-Ing. Bernhard Jarolim

Neuer Wiener Stadtbaudirektor

Bernhard Jarolim begann seine Berufskarriere nach dem Studium der Landschaftsökologie und Stadtgestaltung auf der Universität für Bodenkultur im Ingenieurbüro Neukirchen.

1995 wechselte er zur Stadt Wien, wo er zu Beginn in der damaligen MA 40 – Technische Grundstücksangelegenheiten als Referent im Dezernat Liegenschaftsbewertung tätig war. 1998 stieg er zum Leiter des Dezernats „Miet- und Nutzwertberechnung“ auf. Nach einer halbjährigen Jobrotation bei „Wiener Wohnen“ kehrte er wieder als Leiter der Gruppe „Miet- und Nutzwertberechnung“ in die nunmehrige MA 25 zurück. Im November 2008 wurde Jarolim stellvertretender Abteilungsleiter der MA 25, ab Jänner 2009 Leiter der Stabsstelle Support und Kommunikation. Zwei Jahre später, im November 2010, erfolgte die Bestellung zum Leiter der MA 25. Mit Juni 2017 erfolgte der Wechsel in die Baudirektion als Leiter der Kompetenzzentrums „Bauforschung, Regulative Bau, Ingenieurservices, Normen im Geschäftsbereich“ und zum Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß §9 GOM.

Seit 1. August 2021 leitet Jarolim die Wiener Stadtbaudirektion.

Mag. Dr. Markus Raab

Neuer Gruppenleiter für Verkehrswesen und Projektleiter für „Wien gibt Raum“

Markus Raab studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und erlangte im Jahr 2000 sein Diplom. Kurz nach Eintritt in die Stadt Wien im Jahr 2002 als rechtskundiger Bediensteter und Referent in einem Magistratischen Bezirksamt dissertierte Raab zudem erfolgreich in seinem Rechtsstudium. Danach war Raab in der MA 16 – Wiener Schlichtungsstelle in Wohnrechtsangelegenheiten und der MA 65 – Rechtliche Verkehrsangelegenheiten tätig.

2008 wurde er zum Leiter des Dezernats Parkraumbewirtschaftung ernannt und stellvertretender Abteilungsleiter der MA 65. 2014 wurde er zum Leiter der MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ernannt.

Mit 1. August 2021 wurde Raab zum neuen Gruppenleiter für Angelegenheiten im Verkehrswesen sowie Projektleiter für „Wien gibt Raum“ bestellt. Als Leiter der MA 46 – Rechtliche Verkehrsangelegenheiten übernimmt Markus Raab damit zusätzlich die Sonderaufgaben von Mag. Leo Bubak, der mit Anfang August in Pension ging.

Mag.ª Marion Winkler

Neue Bereichsleiterin für Informationsfreiheit und Antikorruption

Marion Winkler beendete 1993 erfolgreich ihr Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz und trat 1995 als rechtskundige Bedienstete in den Dienst der Stadt Wien, Ausbildungsbereich Bezirksämter, ein. Nach Stationen als Referentin für Wohnrechtsangelegenheiten für die Bezirke 1, 8 und 9 (MA 16), als Dezernentin für den Bereich Behindertenhilfe sowie als Abteilungsleiter-Stellvertreterin (MA 12) und nach einer halbjährigen Jobrotation bei den Salinen Austria in Bad Ischl begann sie als Leiterin eines Rechtsreferats in der Magistratsdirektion (Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten).

Von 2002 bis 2004 absolvierte Winkler den Management-Lehrgang für Nachwuchsführungskräfte. Im Juli 2007 wurde sie Leiterin der Gruppe Schlichtungsstelle in der MA 50 (Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten), 2009 Leiterin der MA 69 (Immobilienmanagement).

Mit 25. August 2021 wurde ihr der Aufgabenbereich als Bereichsleiterin für Informationsfreiheit und Antikorruption übertragen.

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere FachreferentInnen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



**Julia
Fichtl**

Ist mehr als eine Arbeits- woche durchgehende Pflegefreistellung möglich?

Julia Fichtl: Bis jetzt war das nicht möglich, doch die Zeiten ändern sich ständig. Patchwork-Familien sind die neue Normalität, auch dass ein Elternteil getrennt von seinem Kind lebt, ist längst keine Seltenheit mehr. Darum gilt seit dem Juli 2013 – auf Intervention der younion_Die Daseinsgewerkschaft – dass auch Bedienstete, die nicht im gemeinsamen Haushalt mit ihrem Kind leben, eine Pflegefreistellung in Anspruch nehmen können.

Nun ist der younion_Die Daseinsgewerkschaft ein weiterer Meilenstein gelungen. Die meisten von uns wissen wahrscheinlich aus Erfahrung, dass sich Erkrankungen unserer Kinder nicht nach gesetzlich eingeschränkten Zeiträumen richten und dass es darum durchaus sein kann, dass eine durchgehende Pflegefreistellung von mehr als einer Arbeitswoche erforderlich ist.

Die Dienstgeberin hat nun auf die angeregten Änderungen reagiert und das Gesetz im Sinne der Bediensteten an die Realität angepasst. Die Begrenzung auf sechs Werkzeuge pro Anlassfall entfällt. Somit kann die zweite Woche der Pflegefreistellung bei Kindern, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht erreicht haben, den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechend in Anspruch genommen werden.

julia.fichtl@wien.gv.at



**Regina
Müller**

Ist ein Freijahr bzw. Frei- quartal für Teilzeitkräfte möglich?

Regina Müller: Ein Freijahr bzw. Freiquartal war bisher nur für Vollzeitkräfte möglich, also für MitarbeiterInnen mit 40 Stunden Beschäftigungsausmaß. Mit Kundmachung gilt diese Regelung nun auch für alle Teilzeitkräfte. Dabei ist zu beachten, dass es zu finanziellen Einbußen kommt. Auch auf die Pensionshöhe wirken sich Freijahr und Freiquartal aus.

Die Rahmenzeit für ein Freijahr beträgt fünf Jahre. Bedienstete bekommen in der Arbeitsphase 80 Prozent des Gehalts inkl. Nebengebühren und auch im Freijahr 80 Prozent des Gehalts – allerdings ohne Nebengebühren. Nimmt nun eine Teilzeitkraft mit entsprechend reduziertem Monatsbezug ein Freijahr in Anspruch, so wird dieses Gehalt noch einmal reduziert. Die Rahmenzeit für ein Freiquartal beträgt ein Jahr, und das Gehalt wird um 25 Prozent reduziert.

Aus frauenpolitischer Sicht ist diese Maßnahme kritisch zu bewerten. Denn bei Teilzeitkräften mit grundsätzlich reduziertem Einkommen verringert sich das Einkommen für einen relativ langen Zeitraum noch einmal erheblich. Aus diesem Grund ist es der Gewerkschaft enorm wichtig, dass es in der Rahmenzeit zu keiner Verringerung des Stundenausmaßes bei Teilzeitkräften kommt. Eine Erhöhung des Stundenausmaßes ist jedoch möglich.

regina.mueller@wien.gv.at

Damit Arbeit **nicht krank macht**

Arbeitsmedizin wird aufgrund der steigenden beruflichen Anforderungen immer wichtiger. Für Stadt Wien-Bedienstete gibt es nun das neue Arbeitsmedizinische Zentrum (AMZ) der KFA.



OÄ Dr.ⁱⁿ Evelyn Wohlschläger-Krenn

Ärztliche Direktorin Arbeitsmedizinisches Zentrum der KFA, stv. Leiterin Gesundheits- und Vorsorgezentrum Sanatorium HERA



Heidemarie Täuber, MSc.MSc.MSc.MBA.

Verwaltungsdirektorin Arbeitsmedizinisches Zentrum der KFA, Leiterin Gesundheitsmanagement & Wissensmanagement

Mit der fortschreitenden Technisierung und Digitalisierung nehmen psychische Belastungen am Arbeitsplatz stark zu. Stress führt nicht nur zu psychischen und körperlichen Problemen – er erhöht auch die Gefahr für Berufsunfälle und Berufskrankheiten. Arbeitspsychologische Maßnahmen helfen, wirksam gegenzusteuern. „Die Arbeitspsychologie ist aber nur ein Teil der Arbeitsmedizin“, betont OÄ Dr.ⁱⁿ Evelyn Wohlschläger-Krenn, Ärztliche Direktorin des Arbeitsmedizinischen Zentrums der KFA. „Moderne Arbeitsmedizin beschäftigt sich ganzheitlich mit den Einflüssen der Arbeitsanforderungen, der Arbeitsbedingungen sowie der Arbeitsorganisation auf die Gesundheit der MitarbeiterInnen. Aufgabe und Ziel sind die Beratung und Unterstützung sowohl der ArbeitnehmerInnen als auch der ArbeitgeberInnen bei allen Fragen rund um Arbeitsplatz und Gesundheit.“

Breites Leistungsspektrum

Dazu gehören allgemeine Themen wie Mutterschutz, Unfallverhütung oder Erste Hilfe genauso wie die Unterstützung bei Fragen rund um berufsbezogene Schutzimpfungen, Schutzausrüstungen oder zur gesundheitsgerechten Gestaltung und Einrichtung von Arbeitsplätzen.

Die MA 3 überträgt bereits seit Oktober 2020 die Verantwortung für die arbeitsmedizinische sowie die arbeitspsychologische Betreuung



der Magistratsbediensteten schrittweise an das AMZ. Die Sicherheitsfachkräfte verbleiben bei der MA 3 und führen in enger Abstimmung mit den ArbeitsmedizinerInnen des AMZ die präventivdienstliche Betreuung fort.

Gesundheitsprävention

Damit haben Stadt Wien-MitarbeiterInnen nicht nur eine eigene Krankenkasse – die KFA Wien, und ein eigenes Krankenhaus – das Sanatorium HERA, sondern mit dem neu gegründeten Arbeitsmedizinischen Zentrum der KFA nun auch einen kompetenten und engagierten Ansprechpartner in allen Belangen der Arbeitsmedizin.

„Der größte Nutzen für die MitarbeiterInnen liegt in den Syner-

gieeffekten mit dem Sanatorium HERA. Im Gesundheits- und Vorsorgezentrum können Auffälligkeiten rasch angeschaut und geklärt werden“, verweist die Verwaltungsdirektorin des AMZ, Heidemarie Täuber MSc. MBA., auf einen wesentlichen Vorteil. „Und im Fall des Falles kann in der HERA auch heilend eingegriffen werden.“ Wertvolle Synergien für die Versicherten also, die der Kernmagistrat nicht erbringen könnte.

Arbeitsmedizinisches Zentrum der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien

Hermannngasse 24-26, 1070 Wien
+43 1 4000 45693

arbeitsmedizin@sanatoriumhera.at
www.kfa.co.at/AMZ

Und jetzt auch das noch!

Die Corona-Pandemie dauert schon fast zwei Jahre, Anzeichen für eine nächste Welle mehren sich. Wer setzt endlich die richtigen Maßnahmen, um von dieser Welle nicht verschluckt zu werden?

Wir vergessen immer öfter, dass es in Österreich Familien gibt, die schon lange vor dem Ausbruch des Corona-Virus an oder unter der Armutsgrenze leben mussten. Diese wurden von der Corona-Krise längst überrollt, können sich kaum mehr über Wasser halten. In den vergangenen ein- einhalb Jahren sind es sehr viele mehr geworden. Der Großteil von ihnen hat völlig unverschuldet den Arbeitsplatz verloren, ist Opfer von Einsparungen oder Betriebsschließungen geworden.

Arbeitslosigkeit wird oft nur durch nackte Zahlen und Fakten ausgewiesen, mit bunten Statistiken dargestellt. Die Hoffnungslosigkeit, die sie bei den Menschen, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, verursacht, wird einfach ausgeblendet – genauso wie die Vielzahl der psychischen Folgewirkungen. Nicht zu wissen, wann man wieder Arbeit findet und ob am 20. des Monats das Geld noch bis zum Monats- letzten reicht, erzeugt Stress, nagt am Selbstwertgefühl, lässt einen vielfach verzweifeln.

Oft ist es nicht mehr möglich, den gewohnten Lebensstandard zu halten – bei allen Dingen, die Spaß, Vergnügen und Genuss bedeuten, muss zuallererst gespart werden. Freizeitaktivitäten werden gestrichen, Urlaube auf unbestimmte Zeit aufgeschoben, nur mehr billiges und damit minderwertigeres Essen gekauft.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / ONJIRA LEIBE

Viele Kinder leiden seit Beginn der Pandemie unter Einsamkeit, weil der Kontakt zu Gleichaltrigen fehlt

Geschenke zu Geburtstagen fallen immer kleiner aus, für neue Kleidung bleibt kaum mehr etwas über.

Schon für Erwachsene bedeuten diese Einschränkungen herbe Verluste, die aufs Gemüt drücken. Nicht selten wird die Stimmung daheim aggressiv, gereizt oder depressiv. Eine massive Belastung für jede Partnerschaft. Für Kinder, die gerade erst ihren Platz in dieser Welt finden und erobern sollen, hat das aber noch eine ganz andere Dimension. Nicht das mitmachen zu können, was Gleichaltrigen wichtig ist, bedeutet, sich minderwertig und ausgeschlossen zu fühlen – und irgendwann auch ausgeschlossen zu werden. Die Folgen: Leistungsabfall in der Schule, Zurückgezogenheit, aufgestaute Aggressionen und Protest. Aus all diesen

Gefühlen werden nicht selten handfeste psychische Probleme.

Da hilft auch kein Laptop in der Schule, den die Bundesregierung gönnerhaft im Rahmen der digitalen Offensive zur Verfügung stellt. Vor allem, wenn es zu Hause keine oder nur eine sehr bescheidene Internetverbindung gibt, weil dafür das Geld einfach nicht reicht. Wir müssen endlich aufhören, Arbeitslosigkeit nur mit Zahlen begreifen zu wollen. Wir müssen uns bemühen, endlich die Schicksale dahinter zu sehen – und die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Armut auf künftige Generationen ernst nehmen.

felix.steiner@wien.gv.at

„Die sozialen Folgen der Pandemie werden uns alle betreffen.“

AKTION **SCHULSTARTGELD** 1. bzw. 5. Schulstufe



**... weitere Informationen
bei Deiner örtlichen
Gewerkschaftsvertretung.**

www.hgl.at

younion
Die Daseinsgewerkschaft
Hauptgruppe 1



Hitze wie in Athen

Extreme Hitze, Starkregen, Sturm und Waldbrände – welche Folgen hat der Klimawandel für Wien?

Vor verheerenden Auswirkungen für die Menschheit“ warnt der Weltklimarat in seinem aktuellen Lagebericht, der im August 2021 veröffentlicht wurde. Als „bereits unumkehrbar“ werden darin einige Folgen der Klimaerwärmung beschrieben, wie der Anstieg der Meeresspiegel und das Abschmelzen der Gletscher. Doch welche Auswirkungen hat der Klimawandel konkret für Wien?

„Worauf muss sich die Stadtverwaltung künftig einstellen?“

Mit einer kleinräumigen Klimaprognose haben sich unter anderem WissenschaftlerInnen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität Salzburg befasst und in ihrer Studie*) Klimaszenarien für Österreich und für die Bundesländer berechnet. Für Wien zeigt sich folgendes Bild:

- Mittlere Jahrestemperaturen in Wien steigen bis 2050 von 10,2 °C auf mindestens 11,4 °C. Wien wird innerhalb der nächsten Jahrzehnte Athen – jedenfalls aus der Perspektive der Hitze.
- Die jährlichen Niederschläge werden leicht zunehmen, insbesondere im Winter.
- Bisher verzeichnete Wien durchschnittlich 4,8 Tage dauernde Hitzeperioden im Jahr. In naher Zukunft werden es ca. 10 Tage sein, in ferner Zukunft sogar zwischen ca. 15 bzw. 28 Tage.
- Momentan beträgt das Jahresmittel der Kälteperioden in Wien 15,8 Tage. In naher Zukunft wird sich die Zahl auf ca. 9 bis 10 Tage reduzieren.

Mehr Bewässerung

Hitzeinseln im dicht verbauten Gebiet werden für die Menschen in Wien zunehmend zu einem Gesundheitsrisiko. Studien zeigen: In ganz Europa sterben deutlich mehr Menschen durch Hitzewellen als durch Stürme, Hochwasser oder andere Wetterextreme. Verschärft wird die städtische Hitze durch das Voranschreiten der Versiegelung, die die Versickerungsfähigkeit der Böden mindert. Felder, Parks etc. müssen künftig stärker bewässert werden,

in der Land- und Forstwirtschaft wird es zu Ernteaussfällen kommen.

Neue Tier- und Pflanzenarten werden einwandern und heimische Arten verdrängen. Ganze Ökosysteme (z. B. Auengebiete) könnten gefährdet werden. Auch das Absinken des Grundwasserspiegels und die Qualitätsveränderungen der Grund- und Oberflächengewässer werden zu einer Herausforderung

werden. Temperaturbedingt muss in Wien auch mit einer höheren Übertragungswahrscheinlichkeit von neuen Krankheitserregern, wie dem West-Nil-Virus, und mit neuen Schadorganismen gerechnet werden.

Das sind nur einige Folgen von vielen. Um sich für all diese Herausforderungen zu wappnen, stellt die Stadtregierung den Klimaschutz ins Zentrum ihres Regierungsprogramms. Das Ziel: Wien will bis 2040 klimaneutral sein. Das heißt: Raus aus Öl, Kohle und Gas. Welche Maßnahmen es dazu braucht, darüber berichten wir in der nächsten Ausgabe.

chefredakteurin@fsg-hg1.at



Starke Hitze begünstigte die verheerenden Waldbrände in Athen

*) Projekt „ÖKS15 | Klimaszenarien für Österreich“

Studie, durchgeführt von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität Salzburg, 2016. Mit Hilfe modernster Klimamodelle und auf Basis neuester Erkenntnisse aus der Klimaforschung wurden Klimaszenarien für Österreich und für die Bundesländer erstellt und ausgewertet: www.wien.gv.at/umwelt/klimaschutz/anpassung.html

Ruhestand

Danke, Leo!



BILD © PETRA SPOLANIG

Mag. Leopold Bubak, Abteilungsleiter der MA 65 und Gruppenleiter für Angelegenheiten im Verkehrswesen sowie Projektleiter für „Wien gibt Raum“, ist mit 1. August 2021 in den Ruhestand getreten.

Neben seinem Vorsitz im Personalgruppenausschuss A war er für die youunion und die Hauptgruppe 1 in vielen Gremien unermüdlich tätig und hat sich für die KollegInnen eingesetzt. Unter seiner Verantwortung hat sich der PGA A zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt der Personalvertretung entwickelt.

Die Hauptgruppe 1 bedankt sich bei „Leo“ für seinen Einsatz – und wir wünschen ihm alles Gute für seinen Ruhestand!

Wohnen

Re-Kommunalisierung von rund 15.000 Wohnungen in Berlin

Die Stadt Berlin hat Anfang September 14.754 Wohnungen von den beiden profitorientierten Immobilienkonzernen Deutsche Wohnen und Vonovia gekauft und damit dem „freien“ Markt entzogen. Genau genommen ist es ein Rückkauf, denn die Häuser haben früher dem Land Berlin gehört. Zwischen 1990 und 2005 hat Berlin rund 209.000 kommunale Wohnungen an private Immobilienriesen zu – aus heutiger Sicht – Schnäppchenpreisen verkauft. Die Folgen sind bis heute spürbar. Die Stadt wächst, und es mangelt massiv an bezahlbarem Wohnraum, die Mieten haben sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt.

Vorbild Wien

Vielen Menschen in Berlin geht dieser Schritt der Landesregierung nicht weit genug. Im Rahmen der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ fordern tausende BerlinerInnen in einem Volksentscheid am 26. September die Vergesellschaftung von 240.000 Wohnungen

von privaten, profitorientierten Immobilienriesen, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Die AktivistInnen beziehen sich dabei auf den Artikel 15 des Grundgesetzes: Dort heißt es: „Grund und Boden ... können zum Zweck der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum überführt werden.“

Die profitorientierten Immobilienriesen bauten zwar neue Wohnungen, aber nur im teuren Luxus- oder Eigentumssegment. Ihr Geschäftsmodell bestehe vor allem darin, Wohnungen aufzukaufen und die Miete zu erhöhen, sagen die AktivistInnen. Durch die Vergesellschaftung entstünde ein großes gemeinwohlorientiertes Wohnungsunternehmen, das Neubau ankurble und sozial gestalten könne. Ziel der Initiative sei es, in Berlin einen ähnlich hohen Anteil an gemeinwohlorientiertem, öffentlichem Wohnbau zu erreichen wie in Wien, wo Wohnen Teil der Daseinsvorsorge ist.

Website: www.dwenteignen.de



BILD © CREATIVE COMMONS / LUWE HIRSCH

Für Sie erreicht!

Dienstfreistellung zur Kinderbetreuung:

Bei behördlicher Schließung von Kindergärten und Schulen (oder Teilen von diesen) aus Anlass der COVID-19-Pandemie sowie bei behördlicher Absonderung (Quarantäne) von Kindern bei COVID-19-Verdachtsfällen gilt Folgendes:

- Für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr kann eine Dienstfreistellung für die Dauer der notwendigen Betreuung im Gesamtausmaß von neuerlich maximal vier Wochen gewährt werden.
- Dieser Sonderurlaub ist von der Dienststellenleitung zu genehmigen. Der Nachweis für die Erfüllung der Voraussetzungen (siehe oben) ist der Dienststelle ehestmöglich vorzulegen. Unterbrechungen, aber auch der tageweise Verbrauch, sind möglich.

Betreuung von Menschen mit Behinderungen und für Angehörige von pflegebedürftigen Personen:

Eine bis zu vierwöchige Dienstfreistellung kann auch im Falle einer Betreuungspflicht für Menschen mit Behinderungen unabhängig von ihrem Alter, die in einer Einrichtung der Behindertenhilfe oder einer Lehranstalt für Menschen mit Behinderungen bzw. einer höherbildenden Schule betreut oder unterrichtet werden und diese Einrichtung oder Lehranstalt bzw. höherbildende Schule auf Grund behördlicher Maßnahmen teilweise oder vollständig geschlossen wird, gewährt werden.

Überdies ist die Inanspruchnahme einer Dienstfreistellung möglich, wenn Menschen mit Behinderungen üblicherweise



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / RIDO

die persönliche Assistenz in Anspruch nehmen und diese in Folge von COVID-19 nun nicht mehr sichergestellt ist.

Die Dienstfreistellung kann in diesem Fall von nahen Angehörigen der zu betreuenden Person in Anspruch genommen werden. Ein gemeinsamer Haushalt wird nicht vorausgesetzt.

Diese Regelung gilt auch für Angehörige von pflegebedürftigen Personen, wenn deren Pflege oder Betreuung kurzfristig in Folge des COVID-19-bedingten Ausfalls einer Betreuungskraft nicht mehr sichergestellt ist.

Für das Schuljahr 2021/2022 darf in Summe das Gesamtausmaß der Dienstfreistellungen unabhängig vom Anlassfall von maximal vier Wochen nicht überschritten werden.

Pflegefreistellung für Kinder, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben:

Eine zweite Woche Pflegefreistellung ist nun beim selben Anlassfall zulässig. Dies gilt auch für Bedienstete, die nicht im gemeinsamen Haushalt mit dem Kind leben.

Freijahr und Freiquartal für Teilzeitbeschäftigte:

Seit 1.9.2021 ist dies auch für Teilzeitbeschäftigte möglich. Das Beschäftigungsausmaß darf während der Rahmenzeit nicht reduziert werden – außer es besteht ein Rechtsanspruch. Eine Erhöhung ist natürlich zulässig.

Frühkarenz bei gleichgeschlechtlicher Ehe:

Klarstellung, dass die Frühkarenz auch bei gleichgeschlechtlicher Ehe gebührt.

Die ExpertInnen der Hauptgruppe 1 sowie PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen in den Dienststellenausschüssen stehen Ihnen gerne zur Verfügung!

Wegbereiterin der Frauenbewegung in Österreich

Adelheid Popp

Elend, Hunger, Ausbeutung und Demütigung: so lässt sich die Kindheit von Adelheid Popp, geb. Dworak, zusammenfassen. Sie wird 1869 als das 15. Kind einer Weberfamilie in Inzersdorf bei Wien geboren. Der Vater war Alkoholiker, die Mutter mit den vielen Kindern überlastet. Mit nur zehn Jahren muss Adelheid die Schule verlassen, um als Dienstmädchen und als Heim- und Fabrikarbeiterin Geld zu verdienen. Als ihr Bruder sie als 17-Jährige eines Tages zu einer Arbeiterversammlung mitnimmt, ergreift sie das Wort und berichtet von unfassbarem Leid, von der Ausbeutung und der geistigen Vernachlässigung der Arbeiterinnen. Sie fordert Aufklärung, Bildung und gleiche Rechte für Frauen.

Widerstand aus der Parteispitze

Adelheids Rede sorgt für Aufsehen. Sie wird gebeten, Artikel zu schreiben. Doch sie beherrscht weder die deutsche Grammatik noch die Rechtschreibung. All das holt sie mit eisernem Willen nach. Sie arbeitet nun jeden Tag zwölf Stunden in der Fabrik, abends liest sie über den Sozialismus und schreibt Artikel. An den Wochenenden redet sie auf Parteiversammlungen. Da sie Frauenstreiks mitorganisiert, wird sie mehrmals verhaftet. Von 1892 bis 1934 war Popp Redakteurin der von ihr mitbegründeten Wiener Arbeiterinnen-Zeitung. Gegen den erheblichen Widerstand der Parteispitze gründet sie 1902 den Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen.

Führende Politikerin der ersten Republik

1918 wird sie in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem sie bis 1923 angehört; von 1919



„Die Sozialdemokratie kämpft gegen die schrankenlose Ausbeutung der Frauen als Arbeiterinnen und Angestellte aller Berufe.“

bis 1934 ist sie auch Mitglied des österreichischen Parlaments. Sie fordert schon damals vehement die Einführung einer Karenzzeit für Mütter, die Errichtung von Entbindungsanstalten, die Gleichstellung der Frauen in der Ehe und im Beruf und selbstverständlich auch das Frauenwahlrecht und eine Quotenregelung. Sie wagt es auch, die Frage der Prostitution zu thematisieren.

1909 erscheinen – zunächst anonym – ihre Kindheitserinnerungen „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“. Schon im Erscheinungsjahr wird das Buch dreimal aufgelegt, es folgen weitere Auflagen und Übersetzungen in viele Sprachen.

Privat hatte Adelheid Popp schwere Schicksalsschläge zu ertragen.

Ihr Mann Julius Popp stirbt nur acht Jahre nach der Heirat. Ihre zwei Söhne verliert sie in jungen Jahren. Im Jahr 1933 tritt sie von ihren Parteifunktionen aus Altersgründen zurück. Sie selbst ist bereits von schwerer Krankheit gezeichnet, als die Nazis in Österreich einmarschieren. Popp stirbt am 7. März 1939 an einem Schlaganfall in Wien. 1949 wird ein Gemeindebau in Ottakring nach ihr benannt. Auch der Adelheid-Popp-Park im 17. Bezirk und die Adelheid-Popp-Gasse im 21. Bezirk erinnern an die kämpfende Frau und Arbeiterin.

„Euch Frauen wollten sie immer besonders demütig und genügsam haben, um euch (...) auszunutzen.“



HOTEL • RESTAURANT ★★★★★

Grimmblick

Quelle deiner Energie



KRAMPUS PACKAGE

buchbar vom

03. bis 08. Dezember 2021

- 5 Nächte mit Halbpension plus
- Krampussackerl für Groß und Klein
- Traditionelles Nikolenspiel auf der Terrasse
- Krampuscocktail (auch alkoholfrei)
- Zauberhafte Laternenwanderung mit Einkehr in Walters Schnapshölle
- Musikalischer Abend am Nikolaustag mit der Musikgruppe „Die Ausseer“
- Dienstag Pferdekutschenfahrt
- 10 % auf eine Behandlung Ihrer Wahl im Wellnesshaus Elisabeth

„Der Krampus lässt sich nicht gern pflanzen, da lässt er gleich die Rute tanzen.“

(Margot Hohl)

Preis für youunion-Mitglieder:

5 Nächte pro Person € 452,-

Ersparnis
€ 118,00

ADVENTZAUBER

buchbar vom

08. bis 19. Dezember 2021

- 6 Nächte + 7. Nacht GRATIS mit Halbpension plus
- 3 Nächte + 4. Nacht GRATIS mit Halbpension plus
- Winterliche Laternenwanderung (mit Einkehr in Walters Schnapshölle)
- Wahlweise aromatischer Wintertee oder feuriger Punsch
- Kleine Advents- Überraschung am Zimmer
- 10% auf eine Behandlung Ihrer Wahl im Wellnesshaus Elisabeth
- Jeden Donnerstag Pferdekutschenfahrt
- Gedichtelesung bei offenem Kamin mit Keksen, Tee oder Punsch
- Musikalischer Abend am 16.12.2021 mit der Musikgruppe „Die Ausseer“

Preis für youunion-Mitglieder:

7 Nächte pro Person € 574,-

Ersparnis
€ 229,00

Preis für youunion-Mitglieder:

4 Nächte pro Person € 311,-

Ersparnis
€ 168,00

Hotel Grimmblick GmbH, 8983 Bad Mitterndorf 279, Tel.: +43 (0) 3623/2491

Fax: DW -75, info@hotelgrimmblick.at, www.hotelgrimmblick.at

Arrangementpreise in Euro inkl. Abgaben und Steuern. Irrtümer, Druck- und Satzfehler vorbehalten.
© Grimmblick 2020



Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Krisenkosten gerecht finanzieren
- 05 **Leitartikel**
Wer finanziert Ihre Steuerreform, Herr Kurz?

Hauptgruppe 1

- 12 **MA 2**
Die Schmiede des Dienst- und Besoldungsrechts
- 13 **MA 40**
Soziale Lage ist eine Herkulesaufgabe
- 15 **MA 11**
Feuer am Dach
- 18 **Dienstgeberin**
Innovatives Pilotprojekt für neues Verwaltungspersonal

Gewerkschaft

- 21 **Behinderung**
Zweiklassengesellschaft
- 23 **Frauen**
Wer wirklich die Scherben wegräumt

Gesund & Leben

- 29 **Corona**
Und jetzt auch das noch!
- 31 **Serie Klimaschutz**
Hitze wie in Athen
- 34 **teamwork History**
Adelheid Popp



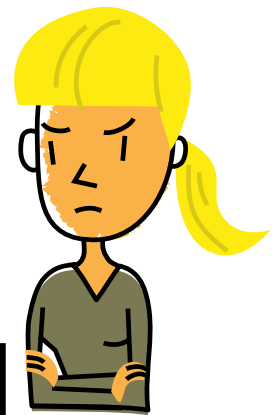
BILD: © TOBIAS STEINHAUER / PICTUREDESK.COM

Die Verblendung: Sebastian Kurz besticht durch perfekte Medieninszenierung und große Ankündigungen. Doch hält er, was er verspricht?



BILD: © SYMBIOLETO SHUTTERSTOCK / FRIENDS STOCK

Altersteilzeit hilft beim Wissenstransfer, bevor die Generation der Babyboomer in Pension geht



Querraunzerin
Armut statt Arme bekämpfen

teamwork

Nr. 3/2021

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655